

SVR-Integrationsbarometer

Integration und Migration sind endlich zu politischen Mainstream-Themen geworden. In der öffentlichen Diskussion dominieren dabei aber Vorstellungen von einer weitgehend ‚gescheiterten Integration‘. Teil dieser pessimistischen Sicht ist eine doppelte Schuldzuschreibung: Während für die einen ein beträchtlicher Teil der Zuwandererbevölkerung ‚integrationsunwillig‘ oder gar ‚integrationsunfähig‘ ist, halten andere die angeblich integrations- und latent fremdenfeindlich eingestellte Mehrheitsbevölkerung für die wichtigste Ursache der ‚gescheiterten Integration‘. Das SVR-Integrationsbarometer hingegen belegt, dass sowohl das negative Bild als auch die wechselseitigen Schuldzuschreibungen wenig mit dem zu tun haben, wie die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund die Alltagsrealität in der Einwanderungsgesellschaft erlebt.

a) Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung sind mit der Integrationspolitik der letzten Jahre weitgehend zufrieden und blicken verhalten zuversichtlich in die Zukunft der Integration und Integrationspolitik. Von einer Verbesserung der Integrationspolitik in den letzten Jahren sprechen 50 Prozent aller Befragten. Etwa ebenso viele erwarten zukünftig weitere Verbesserungen. Lediglich 10 bis 15 Prozent der Befragten sehen eine Verschlechterung.

b) Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung haben ein gemeinsames pragmatisches und lebenspraktisches Integrationsverständnis, das auf Forderungen kultureller Assimilation ebenso verzichtet wie auf das Reklamieren kultureller Sonderrechte. Unter Integration verstehen sie weitgehend dasselbe: Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft denken dabei primär an Wirkungen im sozialen Nahbereich und wünschen sich zu je über 90 Prozent größere individuelle und gesellschaftliche Chancen durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bessere Bildungschancen, Sprachkurse und die Abwehr von Diskriminierung.

c) Integration gelingt oder scheitert für die Befragten nicht insgesamt und abstrakt, sondern in der konkret erfahrbaren Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in den jeweils erreichbaren Bildungseinrichtungen sowie den eingegangenen sozialen Beziehungen. Das Integrationsgeschehen in diesen zentralen Lebensbereichen wird unterschiedlich bewertet und bekommt, in Schul-

noten übersetzt, insgesamt noch ein knappes ‚gut‘ (2-). Mehrheits- wie Zuwandererbevölkerung haben also vom deutschen Integrationsalltag in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in ihren sozialen Beziehungen ein positives Bild. Sie haben im Umgang mit Integration und gesellschaftlicher Heterogenität überwiegend gute Erfahrungen gemacht, halten kulturelle Vielfalt in der Regel für einen Gewinn und lehnen Abschottung ab.

d) Der Bereich der Bildung bildet dabei allerdings eine besondere Problemzone: Zwar sind auch hier die eigenen Erfahrungen der Befragten mit Heterogenität weitgehend positiv, doch sehen Personen mit und ohne Migrationshintergrund die Leistungsfähigkeit von Schulen bei wachsender Heterogenität der Schülerschaft in Frage gestellt. Besonders bildungsorientierte Personen mit höherem Sozialniveau auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft möchten ihre eigenen Kinder lieber nicht auf Schulen mit heterogener Schülerschaft schicken.

e) Auch auf Seiten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dominiert ein relativer ‚Integrationsoptimismus‘. Ihre Kenntnis der in den letzten Jahren initiierten integrationspolitischen Maßnahmen ist jedoch insgesamt gering. Personen ohne Migrationshintergrund sind über Integrationspolitik etwas besser informiert. Vor allem auf symbolische und appellative Breitenwirkung angelegte politische Maßnahmen wie der Nationale Integrationsplan (NIP) und die Deutsche Islam Konferenz (DIK) sind selten gut bekannt, lediglich zwischen 5 und 12 Prozent der Befragten auf beiden Seiten sind darüber gut informiert. Wie erwartbar steigt der Bekanntheitsgrad mit Sozialniveau und Bildung; das ist hier aber weniger belangvoll, weil der Hauptadressat, die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, ein deutlich niedrigeres Sozial- und Bildungsniveau aufweist als die Mehrheitsbevölkerung. Maßnahmen mit alltagspraktischen Auswirkungen wie Einbürgerungstests (38%) oder Integrationskurse (20%) sind auf beiden Seiten deutlich bekannter.

f) Vertrauen ist eine entscheidende Ressource für den sozialen Frieden in der Einwanderungsgesellschaft. Dieses Grundvertrauen ist, entgegen verbreiteten Vorstellungen von wechselseitigem Misstrauen, zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund vorhanden: Von den befragten Zuwanderern vertrauen fast zwei Drittel

(62%) Personen ohne Migrationshintergrund „voll und ganz“ oder zumindest „eher“. Sie vertrauen damit der Mehrheitsbevölkerung sogar mehr, als diese sich selbst vertraut. Zwar unterscheiden sich die durchschnittlichen Vertrauenswerte nach Herkunftsgruppen, generelle und sich verfestigende Misstrauenskonstellationen zwischen einzelnen im Land lebenden Gruppen lassen sich aber nicht feststellen. Menetekel von Sozialkatastrophen im Gruppenkonflikt erscheinen deshalb unangebracht.

Das SVR-Integrationsbarometer bietet erstmals eine wichtige Ergänzung zu den Untersuchungen ‚harter‘ Kriterien struktureller Integration, die in den letzten Jahren zahlreicher geworden sind. In diesen wurde vor allem die sozioökonomische Positionierung der Ausländerbevölkerung und der deutschen Bevölkerung oder der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund verglichen. Solche Studien, etwa die im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Erarbeitung und Erprobung von 100 Integrationsindikatoren sowie die Studie des Bundesministeriums zur Wirkung des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund, leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Datensituation in den Feldern Migration und Integration. Sie kranken aber daran, dass fast immer nur – im strengen Sinne des Wortes ‚einseitig‘ – die Positionierung bzw. das Anpassungsverhalten der Zuwandererbevölkerung gegenüber der Mehrheitsbevölkerung gemessen wird. Damit kann die Eigendynamik von Integrationsprozessen in einer Einwanderungsgesellschaft, in die neben den Zuwanderern auch die Mehrheitsbevölkerung eingebunden ist, nur unzureichend abgebildet werden.¹

Das SVR-Integrationsbarometer misst zum ersten Mal diese doppelseitige und interdependente Eigendynamik von Integrationsprozessen in der Einwanderungsgesellschaft durch die Analyse von Selbstbeschreibungen und wechselseitigen Zuschreibungen von Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung. Es ergänzt damit vorliegende Un-

tersuchungen zu den objektiven strukturellen Kriterien der Integration (Arbeitsmarktpositionierung, Bildungserfolg etc.) um Erfahrungswerte und empiriegestützte persönliche Einschätzungen als Grundlage von Zukunftserwartung und Verhaltenstendenzen.

Das SVR-Integrationsbarometer fragt erstmals nach der Rezeption und Bewertung von Integrationspolitik in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Es trägt so entscheidend zu einem präziseren Befund über Integration und Integrationspolitik bei und bietet insgesamt einen Integrationsklima-Index für beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft.

Die hier vorgelegte erste Auswertung des SVR-Integrationsbarometers ist in drei Teile gegliedert: Zunächst werden Ergebnisse zu Einschätzungen der Integrationspolitik, zum gegenseitigen Integrationsverständnis sowie zu Lebenszufriedenheit und Benachteiligung präsentiert (A). Dann folgt der eigentliche Integrationsklima-Index (IKI), der als Gesamtindex und anschließend bereichsspezifisch analysiert wird (B). Die Auswertung schließt mit einer Analyse von Vertrauensrelationen zwischen Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung sowie zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen (C).

Das Integrationsbarometer geht zurück auf eine Idee von Prof. Dr. Klaus J. Bade aus seinem Grundkonzept für den Sachverständigenrat. Die Konzeptidee wurde zusammen mit Prof. Dr. Michael Bommers operationalisiert und durch Prof. Dr. Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik (GESIS-ZUMA) auf ihre Machbarkeit geprüft (Feasibility Study). Die Interviewfragen für die im Auftrag des Sachverständigenrats von BIK Marplan Intermedia GmbH durchgeführte Befragung wurden unter beratender Begleitung von Prof. Dr. Michael Bommers und Prof. Dr. Heinz Faßmann in der Geschäftsstelle unter Leitung von Dr. Gunilla Fincke erarbeitet und von Dr. Anne-Kathrin Will und Dr. Holger Kolb ausgewertet.

¹ Beispiele für neuere umfragegestützte Erhebungen zu Integrationsfragen aus den Jahren 2009/10 sind die Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, eine Befragung des dimap-Instituts zum ‚Stand der Integration in Deutschland‘ im Auftrag der Bundesregierung sowie ein Survey des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Liljeberg Research zum Heimerleben von Zuwanderern türkischer Herkunft. Darüber hinaus erheben die ‚Transatlantic Trends: Immigration‘ des German Marshall Fund zum zweiten Mal Einstellungen zur Zuwanderung auf beiden Seiten des Atlantiks. Umfragen zu Diskriminierung wurden im gleichen Zeitraum vom Institut zur Zukunft der Arbeit über Benachteiligungen am Arbeitsmarkt veröffentlicht, vom Open Society Institute bezüglich der Gruppe der Muslime und von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte über Diskriminierungserfahrungen bei Angehörigen von ethnischen Minderheiten und Zuwanderern.

Info-Box 1 Das SVR-Integrationsbarometer – Methodische Anmerkungen

Mit dem Integrationsbarometer kann erstmals der Integrationsalltag in der Einwanderungsgesellschaft operational gemessen werden. Entscheidend dabei ist, dass beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft befragt wurden, d. h. Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Insgesamt wurden im Herbst 2009 in drei Regionen 5.673 Personen telefonisch interviewt. Ausgewählt wurden die Regionen Rhein-Ruhr, Stuttgart und Rhein-Main als Ballungsräume mit einer langen Zuwanderungsgeschichte. Um der Diversität im Migrationsland Deutschland Rechnung zu tragen, wurden als Teile der Zuwandererbevolkerung Personen türkischer Herkunft, die Gruppe der Spät-/Aussiedler, die in den letzten Jahren immer wichtiger gewordene Gruppe der Zuwanderer aus dem EU-Raum, außerdem Personen aus Nicht-EU-Europa sowie der ‚übrigen Welt‘ berücksichtigt. Für diese fünf Zuwanderergruppen und die Befragten der Mehrheitsbevölkerung wurden für jede der drei Regionen Zielgrößen jeweils im Stadtkern, am Stadtrand und in nichtstädtischen Siedlungsräumen festgelegt. Die Gesamtstichprobe setzt sich zu 80,5 Prozent aus Personen mit Migrationshintergrund² und zu 19,5 Prozent aus Personen ohne Migrationshintergrund zusammen. 15,6 Prozent der Gesamtstichprobe kamen als Spät-/Aussiedler nach Deutschland, 17,5 Prozent haben einen türkischen Hintergrund, 23,8 Prozent – und damit die größte Gruppe – stammt aus Ländern der Europäischen Union, 11,1 Prozent aus europäischen Ländern außerhalb der Europäischen Union und 12,5 Prozent aus lateinamerikanischen, afrikanischen oder asiatischen Ländern. Zugewanderte Personen sind in der Befragung im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil bewusst überrepräsentiert, denn nur dies ermöglicht gruppenspezifische statistische Auswertungen. Eine Angleichung an die tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse ist über Gewichtungsfaktoren möglich.

Die für die Befragung verwendeten Telefonnummern entstammen dem Nummernpool des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. Die Nummern wurden zufällig ausgewählt, d. h. es handelt sich um eine geschichtete Zufallsstichprobe. Pro Haushalt wurde jeweils eine mindestens 16-jährige Person befragt. Ergänzend wurden onomastisch ausgewählte Rufnummern genutzt, um Personen mit Migrationshintergrund in nichtstädtischen und Stadtrandgebieten besser zu erreichen. 18,1 Prozent der Stichprobe wurden über onomastische Telefonnummern realisiert.

Bilinguale Interviewer boten die Befragung auf Russisch und Türkisch an. Zusätzlich wurde im Bedarfsfall für einzelne Teile des Interviews oder einzelne Worte in die Fremdsprache gewechselt bzw. bei den türkischen Interviews auch ins Deutsche. Bei 2 Prozent der angerufenen Haushalte konnte aufgrund von Verständigungsproblemen kein Interview geführt werden.

Im Vorfeld der Befragung wurde die Verständlichkeit der deutschen, russischen und türkischen Fragebogenversionen in einem kognitiven Pretest untersucht. Es folgte ein quantitativer Pretest unter Realbedingungen mit Personen mit und ohne Migrationshintergrund in allen drei Befragungsregionen. Die Befragung wurde von BIK Marplan Intermedia GmbH umgesetzt und ist als Wiederholungsbefragung konzipiert.

Der Fragebogen enthält Fragen nach soziodemografischen Angaben, Erfahrungen und Einschätzungen in Teilbereichen des Zusammenlebens, Einschätzungen der Integrationspolitik und des Integrationsgeschehens, Benachteiligungserfahrungen und Vertrauen in bestimmte Herkunftsgruppen. Über die Gemeindekenntzahlen sind den Daten der Befragten weitere Strukturdaten wie die Arbeitslosenquote, der Ausländeranteil oder das Wahlverhalten zuordenbar.

² Ein Migrationshintergrund liegt im Sinne dieser Umfrage vor, wenn die befragte Person selbst oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Die Zuordnung zu einem Herkunftsland erfolgte über das Geburtsland des zugewanderten Befragten oder der zugewanderten Eltern. Bei unterschiedlichen Geburtsländern der Eltern wurde das Geburtsland des Vaters als Herkunftsland herangezogen.

A

Integration und Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft

Das Feld der Integrationspolitik war im vergangenen Jahrzehnt einer der ‚politischen Aufsteiger‘. Während es in den 1990er Jahren, von Wahlkämpfen abgesehen, noch weitgehend ein Nischendasein fristete, ist es spätestens seit der Jahrtausendwende auf der Prioritätenliste weit nach oben gerückt. Zielgruppen von Integrationsförderung sind mittlerweile nicht mehr Zuwanderer allein, auch die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund wird inzwischen als integrationspolitischer Adressat betrachtet. Nach einem Jahrzehnt hoher integrationspolitischer Aktivität gilt es, die unternommenen Schritte zu überprüfen und zu bewerten. Zwei Fragenkomplexe sind hierfür, gerade für politische Entscheidungsträger, unmittelbar relevant. Zum einen sind Politiker und Praktiker der Integrationsarbeit darauf angewiesen zu erfahren, wie die Adressaten von Integrationspolitik, also Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung, die Integrationspolitik der letzten Jahre einschätzen und beurteilen. Besonders zu berücksichtigen sind dabei medial präsente Maßnahmen wie die Deutsche Islam Konferenz und der Nationale Integrationsplan. Zum anderen benötigen Politiker und Praktiker, gerade weil der Integrationsbegriff zu einer politischen Konsensformel geworden ist und damit an Aussagekraft weitgehend verloren hat, Informationen darüber, was beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft tatsächlich unter Integration verstehen. Beide Arten von Informationen liefert Teil A des Integrationsbarometers.

A.1 Integrationsoptimismus auf beiden Seiten

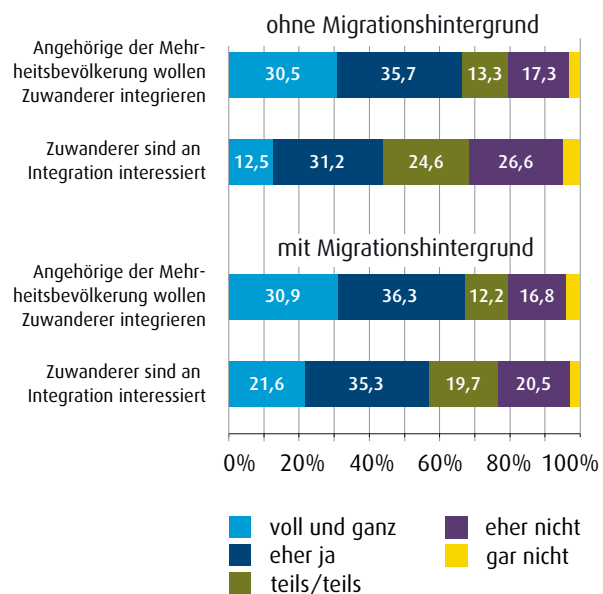
Integrationspolitisch besteht in Deutschland Anlass zu verhaltenem Optimismus. Dieser speist sich einerseits aus dem hohen Integrationsinteresse, das in der Einwanderungsgesellschaft der jeweils anderen Seite zugeschrieben wird, andererseits aus der beiderseits positiven Einschätzung und Bewertung der Integrationspolitik.

Beide Seiten konstatieren für sich und für die andere Gruppe durchgängig ein Interesse an Integration. Nur etwa 25 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund bzw. 20 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund bezichtigen die eigene Gruppe eines mangelnden

Integrationsinteresses, und auch der jeweils anderen Seite bescheinigen nur 20 Prozent der Zuwandererbevölkerung bzw. 30 Prozent der Mehrheitsbevölkerung eine Haltung der Integrationsverweigerung (Abb. 1). Vor allem die Aussagen über die Mehrheitsbevölkerung überraschen. Sie zeigen, dass die Zuwandererbevölkerung der Mehrheitsbevölkerung und die Mehrheitsbevölkerung sich selbst in weit höherem Maße integrationspolitisch aktives Engagement bescheinigt, als in der öffentlichen Debatte üblicherweise dargestellt wird. In der Publizistik mitunter umgehende Vorstellungen von einer integrationsfeindlichen Mehrheitsbevölkerung werden von der Zuwandererbevölkerung insgesamt nicht geteilt.

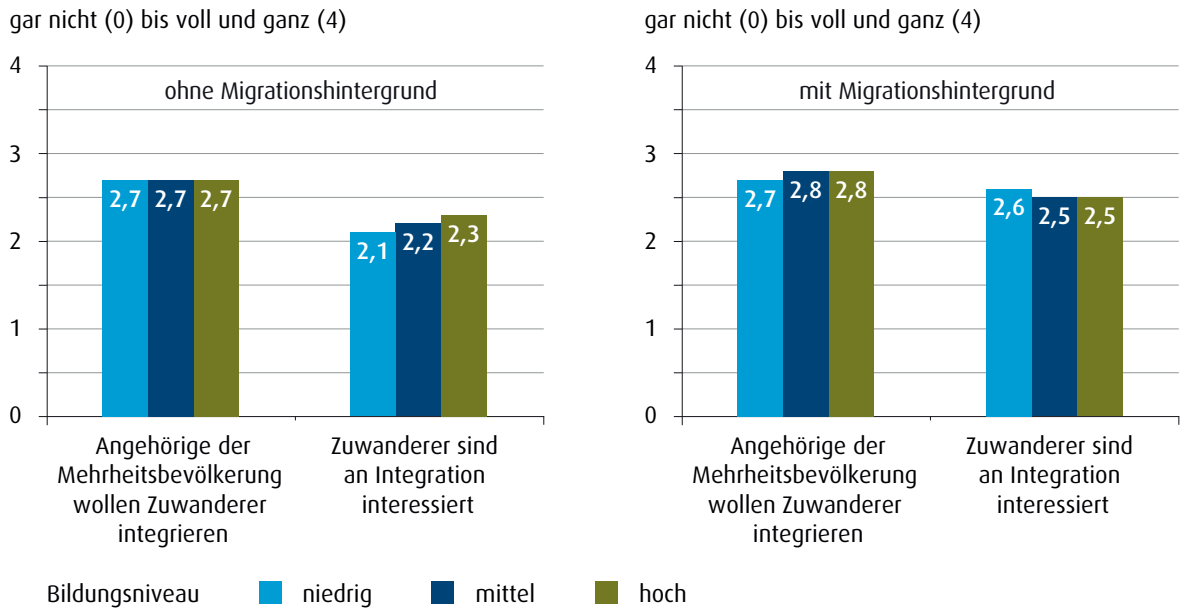
Unterscheidet man bei den gegenseitigen Zuschreibungen von Integrationsbereitschaft nach Bildungsgrad und Generationenzugehörigkeit, so zeigen sich bei den

Abb. 1 Interesse an Integration



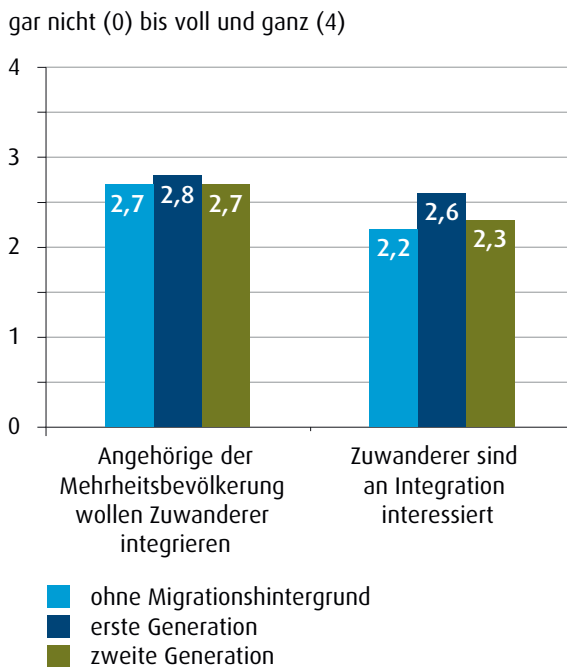
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 2 Interesse an Integration nach Bildungsniveau



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 3 Interesse an Integration nach Generation



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

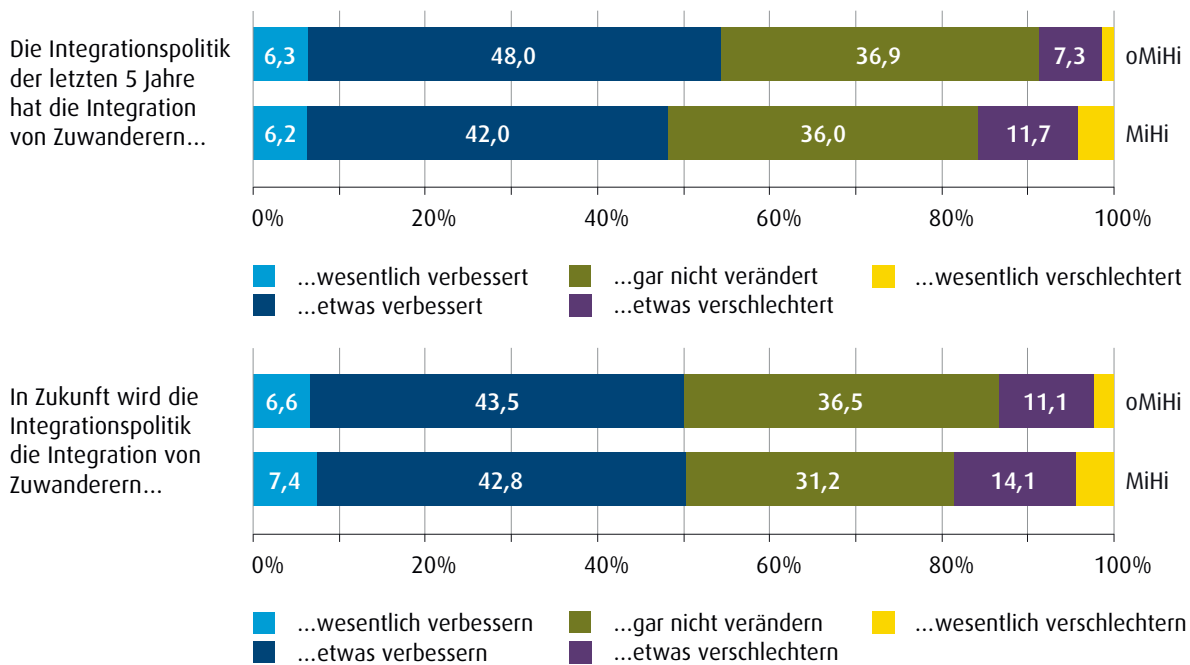
Mittelwerten v. a. der Zuwandererbevolkerung deutliche Unterschiede.

Mit steigendem Bildungsgrad stehen Menschen mit Migrationshintergrund dem Integrationsinteresse der eigenen Gruppe kritischer, dem der Mehrheitsbevölkerung aber weniger kritisch gegenüber. Personen ohne Migrationshintergrund bewerten mit steigendem Bildungsgrad die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer positiver (Abb. 2).

Die zweite Zuwanderergeneration steht dabei der Zuwandererbevolkerung insgesamt deutlich kritischer gegenüber als die erste Generation (Abb. 3): Sie sieht bei der Zuwandererbevolkerung ein geringeres Interesse an Integration als die erste Generation. Die im Migrationsland lebende Einwanderungsgesellschaft ist damit aus Sicht der Mehrheits- wie der Zuwandererbevolkerung bereit, sich für die Förderung der Integration persönlich zu engagieren. Keine Seite sieht sich selbst oder die jeweils andere generell als Blockierer, vielmehr erkennen beide den insgesamt positiven Beitrag der eigenen und der anderen Seite zur Integration an.

Mithilfe des Integrationsbarometers ist es zudem erstmals möglich, Maßnahmen der Integrationspolitik eindeutig zu bewerten. Auch aus den hierzu erhaltenen Antworten ergibt sich das Bild einer relativ integrationsoptimistischen Bevölkerung: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind jeweils zu ca. 50 Pro-

Abb. 4 Einschätzung der Integrationspolitik



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

zent der Auffassung, dass sich die Integrationspolitik in den letzten fünf Jahren „wesentlich“ oder doch „etwas“ verbessert habe.³ Zu der gegenteiligen Einschätzung einer „wesentlichen“ oder zumindest „teilweisen“ Verschlechterung kommen lediglich 10 bis 15 Prozent der Befragten; etwas mehr als ein Drittel sieht keine Veränderung. Zu einer negativeren Sicht der Integrationspolitik tendieren vor allem gering Qualifizierte und Personen mit geringem Einkommen, die in Regionen mit hohem Zuwandereranteil und/oder hoher Arbeitslosigkeit leben. Für die Zukunft sind die Erwartungen von Mehrheits- wie Zuwandererbevölkerung im Bereich der Integration optimistisch. Wiederum je etwa 50 Prozent erwarten künftig weitere Verbesserungen, mit Rückschritten rechnet nur

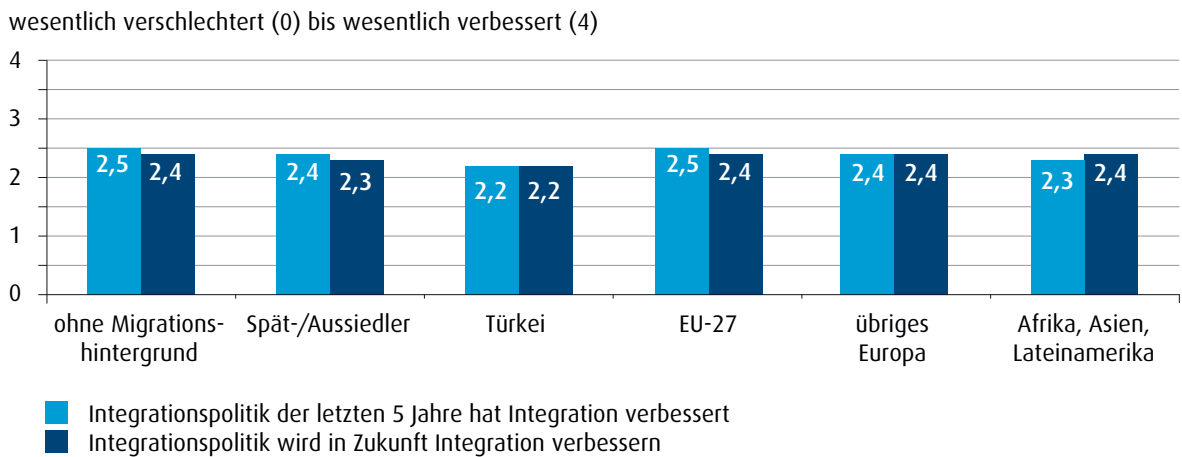
jeder siebte der Befragten ohne Migrationshintergrund und jeder sechste bei den Zuwanderern (Abb. 4).

Um mögliche Unterschiede in der Einschätzung der Integrationspolitik nach Herkunftsgruppen zu erfassen, sind in Abb. 5 die Mittelwerte der verschiedenen Herkunftsgruppen abgetragen.

Am kritischsten sind in diesem Punkt Personen türkischer Herkunft. Doch bleiben selbst ihre Mittelwerte noch in einem Bereich, der einer relativ optimistischen Einschätzung zuzuordnen ist (2 und mehr). Dies zeigt, dass auch bei dieser Gruppe die Integrationspolitik in absoluten Zahlen ein hohes Ansehen genießt. Bei den Erwartungen bezüglich der zukünftigen Integrationspolitik unterscheiden sich die Werte der Befragten mit tür-

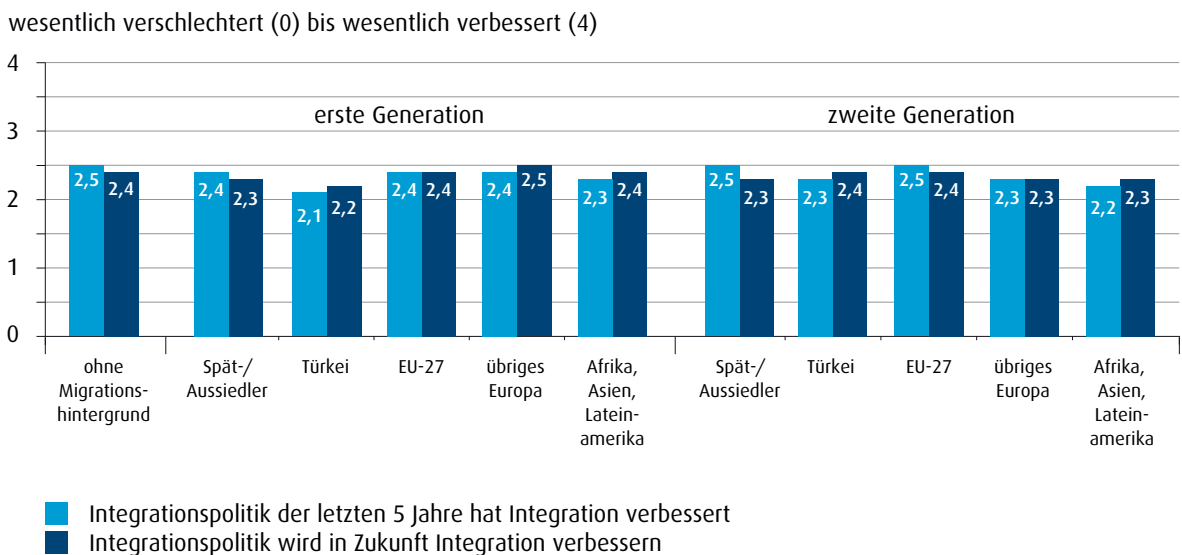
3 Diese Teilergebnisse bestätigen und ergänzen in den entsprechenden Feldern die vom German Marshall Fund erhobenen Daten, die im Rahmen der ‚Transatlantic Trends: Immigration (TTI)‘ präsentiert wurden. Dort wurde eine auch im internationalen Vergleich insgesamt hohe Zustimmung zur deutschen Migrations- und Integrationspolitik ausgewiesen: 71% der befragten Personen beurteilten die Einwanderungspolitik der Bundesregierung als gut, lediglich 26% äußerten für dieses Politikfeld Unzufriedenheit mit der Regierung. In keinem anderen Land wurde die Integrationspolitik der Regierung so positiv bewertet wie in Deutschland. In Großbritannien etwa kritisierten fast drei Viertel der Befragten die migrations- und integrationspolitische Leistung der Regierung als schlecht, und auch in den USA äußerte eine Mehrheit der Befragten Unzufriedenheit mit diesem Politikfeld. Aus den Daten des SVR-Integrationsbarometers ergibt sich nun als entscheidender neuer Aspekt, dass diese positive Grundeinschätzung und Bewertung der Integrationspolitik der Bundesregierung von der Mehrheitsbevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund geteilt wird. Zudem zeigen die Daten für Deutschland nicht nur eine aktuell hohe Zufriedenheit mit der Integrationspolitik als Momentaufnahme, sondern auch eine darüber hinausreichende positive Zukunftserwartung, die den negativen Thesen der Desintegrationspublizistik widerspricht.

Abb. 5 Einschätzung der Integrationspolitik nach Herkunftsgruppe



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 6 Einschätzung der Integrationspolitik nach Herkunftsgruppe und Generation



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

kischem Migrationshintergrund weniger von denen der anderen Gruppen, z. B. der Spät-/Aussiedler (Abb. 5).

Während die erste Generation türkischer Herkunft in ihrer Einschätzung der Integrationspolitik im Vergleich

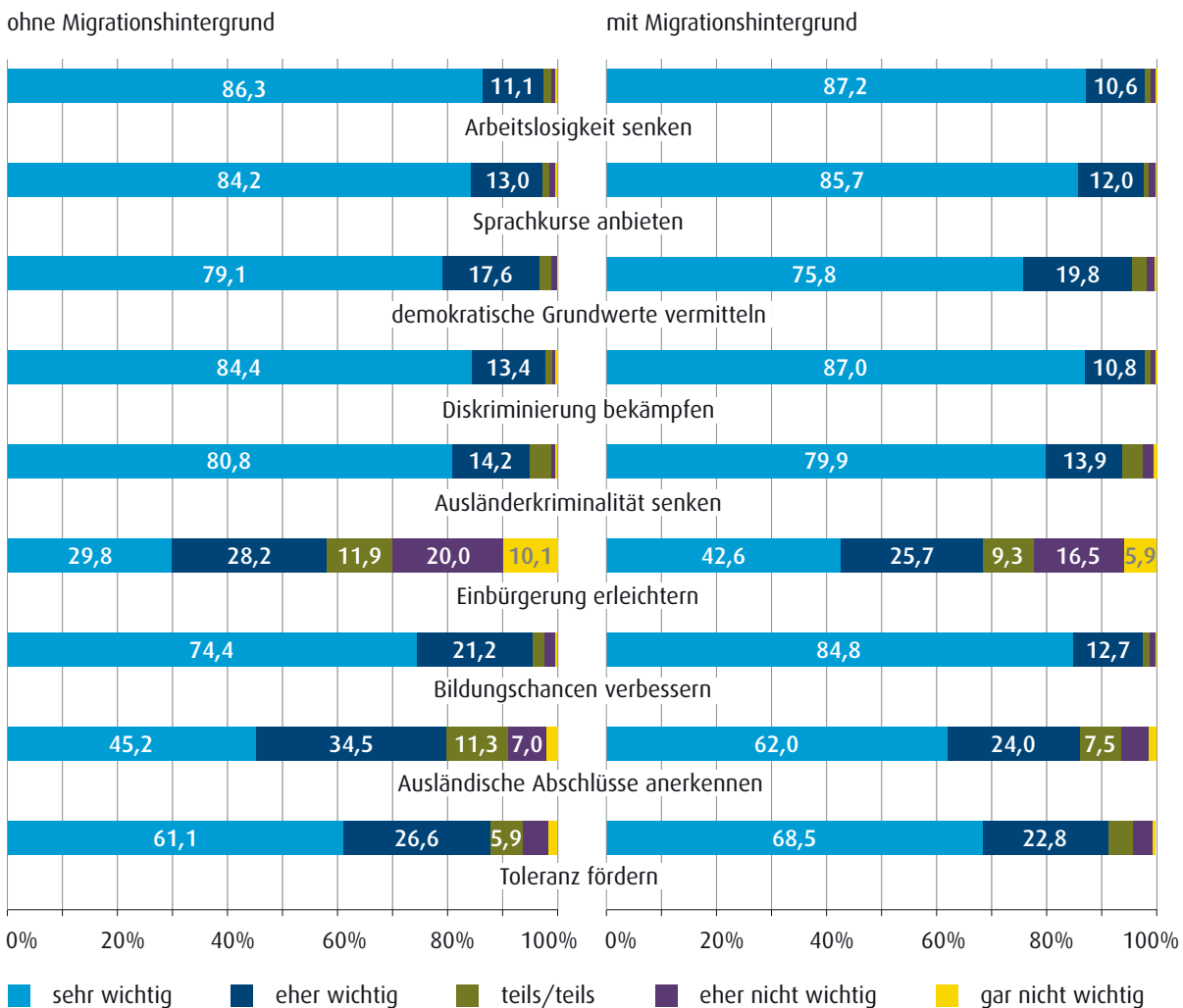
skeptischer ist, unterscheidet sich die zweite Generation hinsichtlich ihrer Einschätzungen kaum noch von den anderen Herkunftsgruppen (Abb. 6).

A.2 Gemeinsamkeit von Prioritäten und Problemen

Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung in Deutschland blicken nicht nur beide verhalten optimistisch in die Zukunft, sie haben auch ein geteiltes Integrationsverständnis für zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und schreiben diesen in ähnlichem Maße Priorität zu. Mehr als 95 Prozent sehen in der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Diskriminierung sowie in der Bereitstellung von Sprachkursen politische Handlungsprioritäten. Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft offenbaren damit ein hohes Maß an Integrationspragmatismus. Sie schließen sich gerade nicht der z.T. in der politischen und

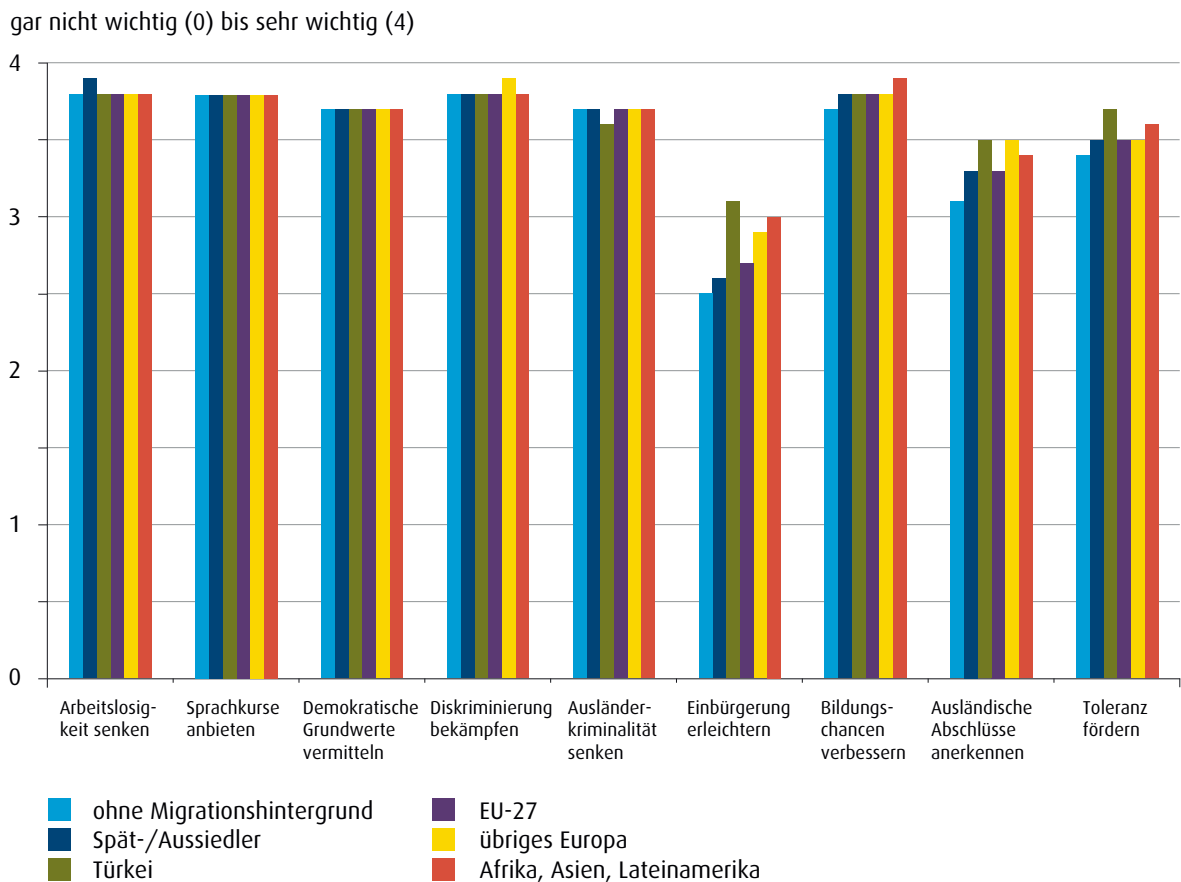
publizistischen Diskussion hochgehaltenen Sicht an, dass staatliche Integrationspolitik zwischen unüberbrückbaren kulturellen bzw. religiösen Besonderheiten und Partikularinteressen vermitteln müsse, sondern betonen vielmehr die lebenspraktischen Aufgaben staatlicher Chanceneröffnung. Auch die Senkung der Kriminalität von Ausländern gilt bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund mit fast identischen Zustimmungswerten als bedeutendes politisches Ziel (Abb. 7): 94 Prozent der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund schätzen dies als integrationspolitisch „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ ein. Auch diese Parallelität ist bezeichnend für das Ankommen von Menschen mit Migrationshintergrund in einer etablierten Einwanderungsgesellschaft, in der

Abb. 7 Einschätzung der Bedeutung verschiedener politischer Maßnahmen



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 8 Einschätzung der Bedeutung politischer Maßnahmen nach Herkunftsgruppe



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

die Angst vor Kriminalität gleichermaßen eine Sorge von Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung ist.

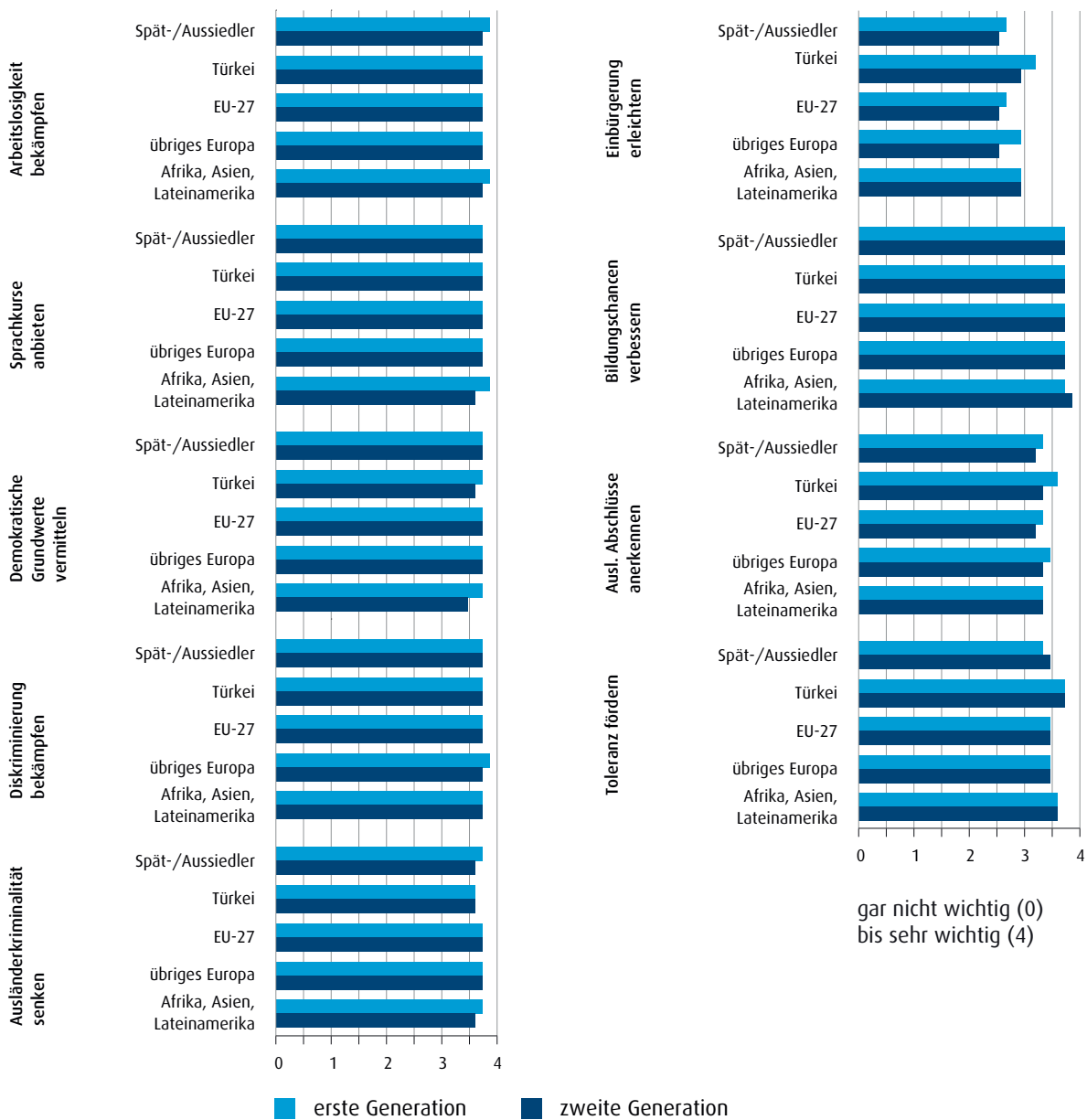
Die Daten des Integrationsbarometers belegen zudem empirisch einen überraschenden Umstand: Die vieldiskutierte Erleichterung der Einbürgerung wird auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft als eher nachgeordnetes politisches Ziel angesehen. Ein knappes Drittel der Befragten ohne Migrationshintergrund (30,1%) und ein knappes Viertel der Zuwanderer (22,4%) betrachtet Einbürgerung als „eher nicht wichtig“ oder sogar als „gar nicht wichtig“. Dies gilt auch für Befragte türkischer Herkunft: Sie halten eine liberale Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zwar – wie zu erwarten – für deutlich wichtiger als die Befragten ohne Migrationshintergrund oder die befragten EU-27-Staatsangehörigen. Gemessen an der häufig unterstellten Priorität dieser Thematik gerade für türkische Zuwanderer fallen die Unterschiede aber trotzdem gering aus: Auf einer Skala von 0 („gar

nicht wichtig“) bis 4 („sehr wichtig“) erreicht „Erleichterung der Einbürgerung“ einen Wert von 3,1 bei Personen türkischer Herkunft im Vergleich zu 2,7 bei Personen aus der EU-27. Zudem rangiert die Erleichterung der Einbürgerung auch bei den Befragten türkischer Herkunft im Vergleich der politischen Maßnahmen mit weitem Abstand auf dem letzten Platz (Abb. 8).

Ferner sinkt die integrationspolitische Bedeutung von Einbürgerungserleichterungen bei den Befragten türkischer Herkunft von der ersten (3,2) zur zweiten Generation (2,9) (Abb. 9). Die Wichtigkeit einer Einbürgerungsoffensive mithilfe von Einbürgerungserleichterungen wird mithin in der deutschen politischen und publizistischen Diskussion deutlich anders eingeschätzt als von ‚Otto‘ oder ‚Ali Normalverbraucher‘.

Damit zeichnet sich für die demokratische Einwanderungsgesellschaft in Deutschland eine Art Pattsituation ab: Deutschland kann sich seine Einwanderer – die zum

Abb. 9 Einschätzung der Bedeutung politischer Maßnahmen nach Generation und Herkunftsgruppe



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Teil schon seit Generationen mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Land leben – nicht mehr aussuchen. Sie haben einen sicheren Aufenthaltsstatus und Rechtsansprüche, und sie werden bleiben, ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Eine verstärkte Einbürgerung ist aber das einzige Mittel, um ein Auseinanderfallen von Wohn- und Staatsbürgerbevölkerung zu begrenzen, denn

das in seinen Wirkungen noch nicht absehbare Optionsrecht gilt nur für im Land Geborene. Die Attraktivität der deutschen Staatsangehörigkeit wird also offenkundig deutlich überbewertet. Ein nicht zu unterschätzender Grund dafür dürfte sein, dass Zuwanderer nach zureichendem Inlandsaufenthalt und entsprechender Verfestigung des Aufenthaltsstatus annähernd die gleichen

sozialen und wirtschaftlichen Rechte haben wie deutsche Staatsbürger, aber nicht die gleichen Pflichten (z. B. Wehrdienst). Aus dieser historisch gewachsenen Sackgasse führt möglicherweise nur eine weitreichende Reform des Staatsangehörigkeitsrechts heraus, die auch die bedingte Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit bei seit langem oder gar seit Generationen im Land lebenden De-facto-Einwanderern aus Drittstaaten einschließt.

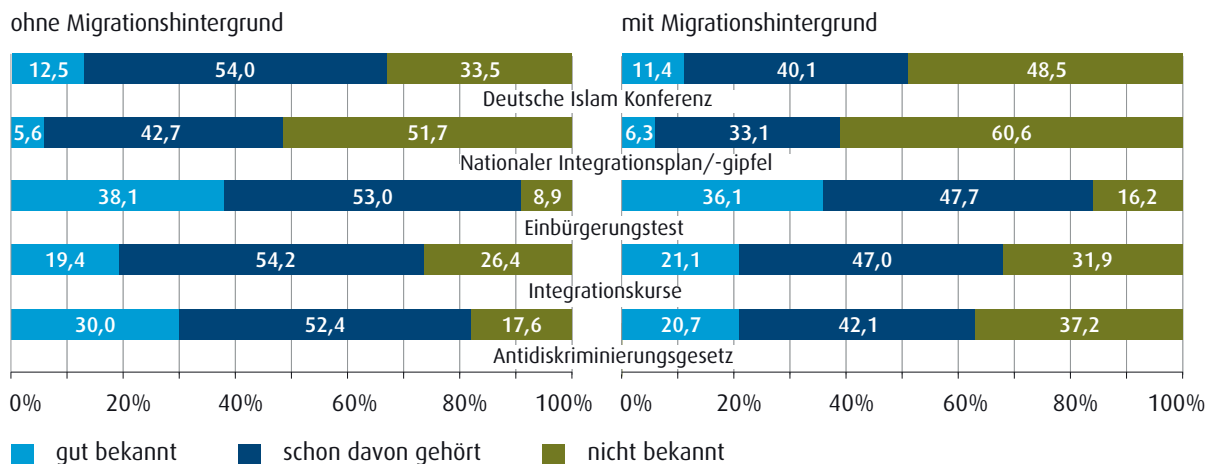
Das Integrationsbarometer verdeutlicht zudem, dass Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung ein gemeinsames Verständnis von Integration haben. Dies ist angesichts der seit Jahren abnehmenden Trennschärfe des Integrationsbegriffs nicht selbstverständlich. Denn eine Nebenwirkung der heute nachgerade allgemeinen Akzeptanz von Integration als zentrale gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Aufgabe ist, dass der Integrationsbegriff zu einer konturlosen politischen Konsensformel geworden ist. Er deckt mittlerweile von links bis rechts, von multikulturell bis assimilationistisch eine enorme Spannbreite politischer Meinungen und Präferenzen ab und hat damit stark an Aussagekraft verloren. Unter dem Schirmbegriff Integration können sich mithin alle sammeln, auch wenn darunter konkret jeweils vollkommen Unterschiedliches verstanden wird. Umso wertvoller sind die Daten des Integrationsbarometers, da auf ihrer Grundlage überprüft werden kann, ob Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ein ähnliches Verständnis von politischen Prioritäten und Handlungsfeldern im Integrationsbereich haben. Und die Daten zeigen, dass in Deutschland Personen mit und ohne Migrationshintergrund integrationspolitisch ‚dieselbe Sprache‘ sprechen.

A.3 Politik für die Mehrheit? Deutsche Islam Konferenz und Nationaler Integrationsplan

Die in Politik, Publizistik und Wissenschaft meist einhellig begrüßten symbolischen und appellativen integrationspolitischen ‚Meilensteine‘ der letzten Jahre sind der Bevölkerung kaum bekannt. Vor allem Personen mit Migrationshintergrund sind z.B. die vom Bundesinnenminister initiierte Deutsche Islam Konferenz (DIK) oder der auf Initiative der Bundeskanzlerin von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration organisierte Prozess des Nationalen Integrationsplans (NIP) mit seinen drei Integrationsgipfeln kaum bekannt. Der Zuwandererbevölkerung als dem Hauptadressaten sind diese zentralen Initiativen der Integrationspolitik sogar deutlich weniger vertraut als der Mehrheitsbevölkerung: Lediglich 6,3 Prozent (NIP) bzw. 11,4 Prozent (DIK) der Befragten mit Migrationshintergrund gaben an, dass ihnen diese Maßnahmen „gut bekannt“ seien. Bei 60 Prozent der Zuwanderer und mehr als der Hälfte der Mehrheitsbevölkerung sind die drei Integrationsgipfel bzw. der Nationale Integrationsplan vollkommen unbekannt, genau Bescheid weiß darüber nur jeder 20. Befragte ohne Migrationshintergrund und jeder 16. Zuwanderer (Abb. 10).

Am niedrigsten ist die Kenntnis des NIP bei der Gruppe der Spät-/Aussiedler und Personen aus den europäischen Ländern außerhalb der EU (0,4 auf der Skala von 0 „gar nicht bekannt“ bis 2 „gut bekannt“). Sie sind auch über die

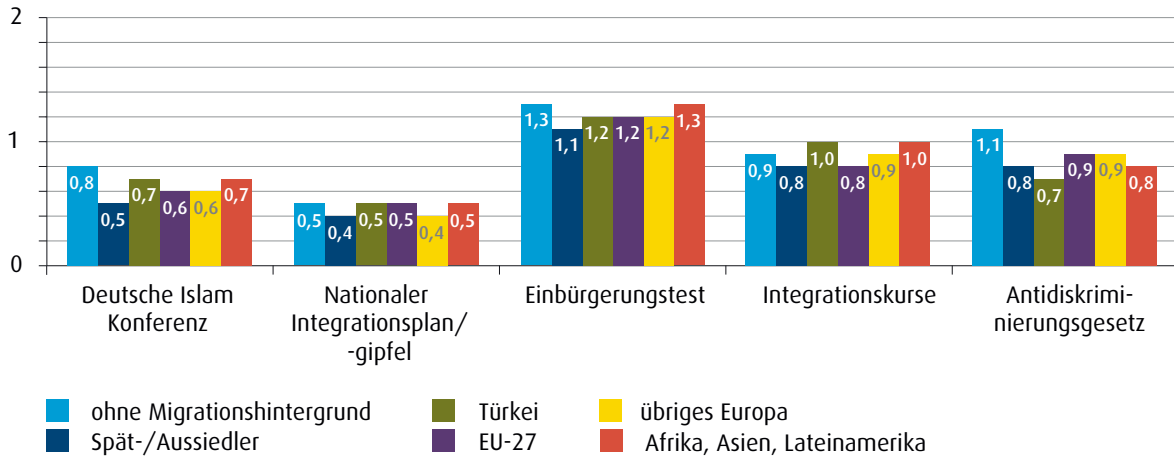
Abb. 10 Bekanntheit integrationspolitischer Initiativen



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

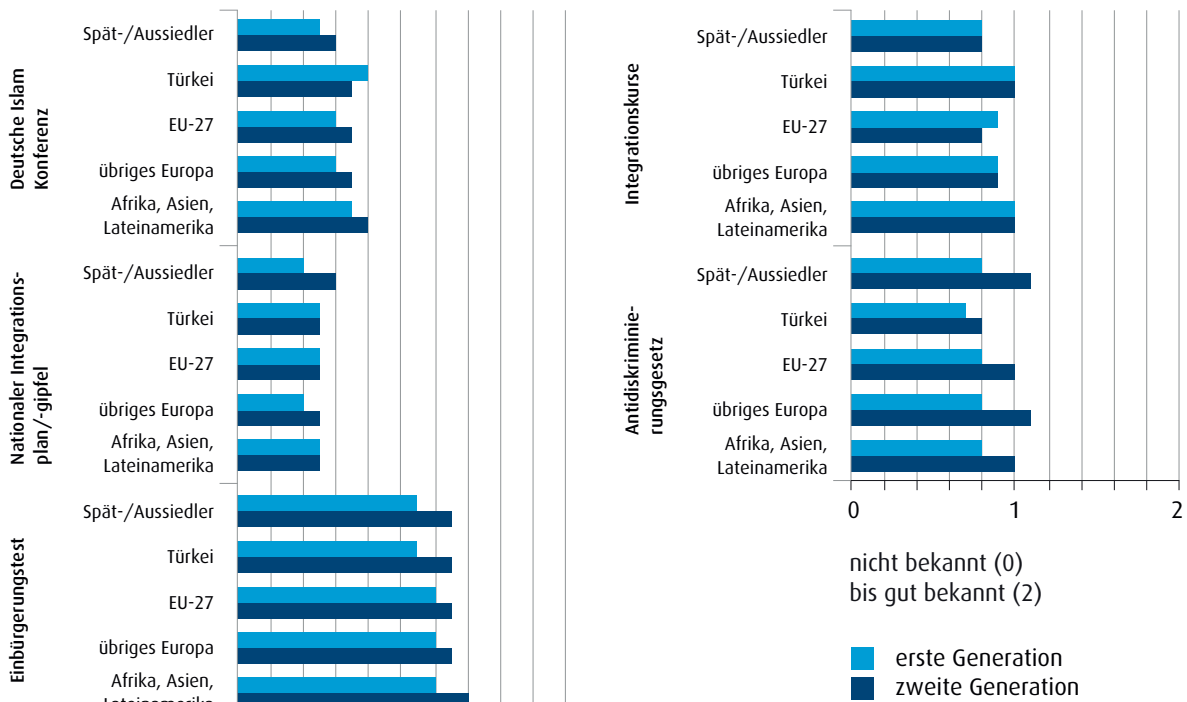
Abb. 11 Bekanntheit integrationspolitischer Initiativen nach Herkunftsgruppe

nicht bekannt (0) bis gut bekannt (2)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

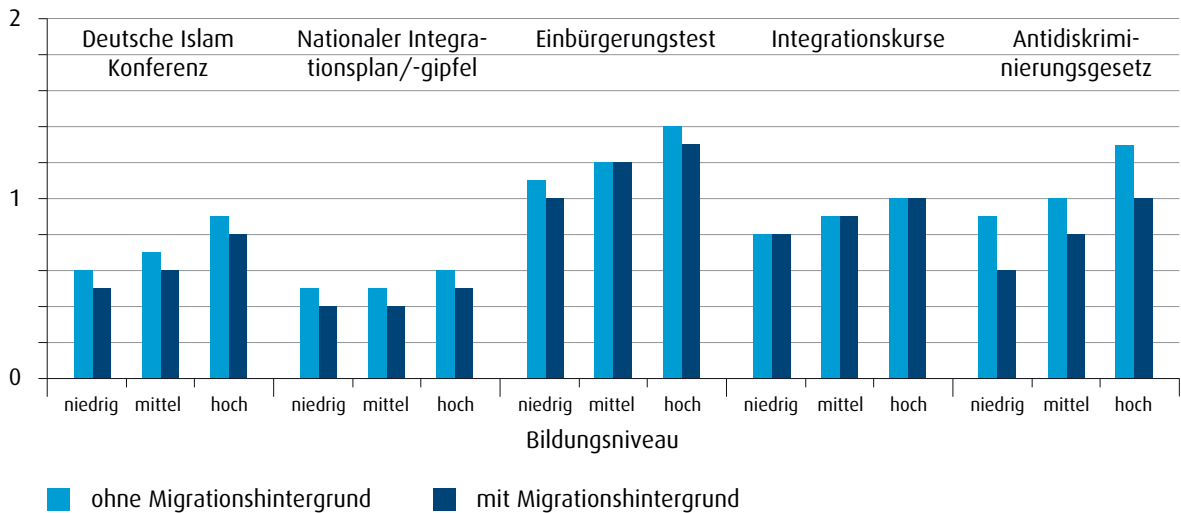
Abb. 12 Bekanntheit integrationspolitischer Initiativen nach Generation und Herkunftsgruppe



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 13 Bekanntheit integrationspolitischer Initiativen nach Bildungsniveau

gar nicht bekannt (0) bis gut bekannt (2)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

DIK am geringsten informiert, über das Antidiskriminierungsgesetz hingegen etwas besser als etwa Zuwanderer türkischer Herkunft (Abb. 11). Lediglich der Einbürgerungstest ist Personen mit Migrationshintergrund mit einem Durchschnittswert von über 1 in höherem Maße bekannt.

Dabei zeichnet sich, nicht unerwartet, die erste Generation durch eine geringere Kenntnis dieser Maßnahmen aus, während sich der Bekanntheitsgrad bei der zweiten Generation tendenziell dem bei der Mehrheitsbevölkerung annähert. Diesem Trend läuft die Kenntnis der DIK bei den fast durchweg muslimischen Befragten türkischer Herkunft zuwider: Die erste Generation türkischer Herkunft weist einen Mittelwert von 0,8 auf, bei der zweiten Generation liegt dieser bei 0,7 (Abb. 12).

Wenig überraschend steigt die Kenntnis der genannten politischen Initiativen sowohl bei Zuwanderern wie bei Personen ohne Migrationshintergrund mit dem Bildungsgrad an (Abb. 13).

Fazit: Auf breiteste Öffentlichkeitswirkung zielende Initiativen wie DIK und NIP sind wenig bekannt. Die DIK z. B. sollte den Muslimen die wichtige Botschaft übermitteln, dass der Islam Teil Deutschlands und Europas sei, wie Bundesinnenminister Schäuble aus Anlass des ersten Treffens der DIK im September 2006 im Bundestag erklärte. Diese Botschaft scheint für Politik und Publizistik sowohl in Deutschland als auch in der Türkei deutlich wirkungsvoller zu sein als für die Bevölkerung im Alltag der Einwanderungsgesellschaft, abgesehen von einem

Koordinationschub bei den konservativen islamischen Verbänden: Sein Ergebnis war der Koordinationsrat der Muslime (KRM), der als Dachverband der vier größten islamischen Organisationen in Deutschland zwar nach eigener Einschätzung knapp 80 Prozent der Moscheegemeinden in Deutschland repräsentiert, aber wohl nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Muslime in Deutschland insgesamt. DIK, Integrationsgipfel und NIP wirken in Deutschland also weniger bei ihren offiziell angesprochenen Adressaten und eher als symbolpolitische Orientierungshilfen für die Mehrheitsbevölkerung beim Kurswechsel in der Integrationspolitik vom ‚Nicht-Einwanderungsland‘ zum ‚Integrationsland‘. Gesetze bzw. Maßnahmen wie z. B. Einbürgerungskurse und das Antidiskriminierungsgesetz, die konkrete Auswirkungen auf den Integrationsalltag haben, erreichen hingegen ein höheres Bekanntheitsniveau.

A.4 Die Integrationsformel: zwei Drittel mit, ein Drittel ohne Migrationshintergrund

Das schon sehr alte Diktum „Integration ist keine Einbahnstraße“ gehört heute zum Standardvokabular politischer Diskussionsrunden und Abschlussworte. Postuliert wird damit die Abkehr von der Vorstellung einer

Alleinverantwortung der Zuwandererbevölkerung für erfolgreiche Integration im Sinne einer einseitigen Anpassung an eine als mehr oder minder statisch bzw. kulturell ‚homogen‘ vorgestellte ‚Aufnahmegesellschaft‘.

Das Integrationsbarometer zeigt demgegenüber, dass sich im lebenspraktischen Alltag der Einwanderungsgesellschaft längst mehrheitlich eine von Zuwanderer- wie Mehrheitsbevölkerung getragene Vorstellung von gemeinsamer Integrationsverantwortung etabliert hat. Dabei sind Menschen mit Migrationshintergrund allerdings in Fragen von Integrationspolitik staatsgläubiger: Fast 80 Prozent weisen dem Staat für dieses Politikfeld eine wichtige oder sogar sehr wichtige Rolle zu, bei den Befragten aus der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund sind es mehr als 10 Prozentpunkte weniger.

Jenseits der übereinstimmenden Vorstellung einer gemeinsamen Integrationsverantwortung teilen Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung auch die Gewichtung der Integrationsverantwortung: Beide Seiten sehen etwa zu zwei Dritteln „voll und ganz“ die Zuwanderer und zu einem Drittel „voll und ganz“ die Mehrheitsbevölkerung für erfolgreiche Integration in der Verantwortung (Abb. 14). Die größere Aufgabe wird also bei der Zuwandererbevölkerung verortet.

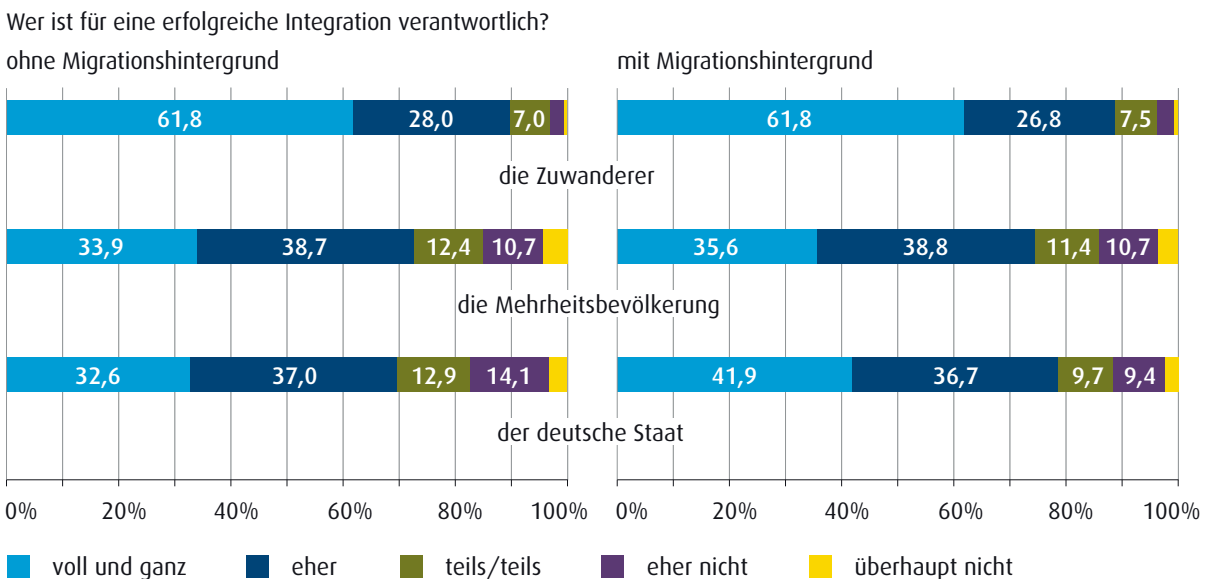
Selbst die in bestimmten Kreisen unter dem Generalverdacht der ‚Integrationsverweigerung‘ oder gar der ‚Integrationsunfähigkeit‘ stehenden Befragten türkischer Herkunft schreiben der Zuwandererbevölkerung und damit sich selbst ein deutlich höheres Maß an Verantwort-

lichkeit für gelingende Integration zu als der Mehrheitsbevölkerung. Diese Einschätzung verstärkt sich noch in der zweiten Zuwanderergeneration (Abb. 15).

Zudem nimmt die Staatsgläubigkeit in der zweiten Zuwanderergeneration ab und nähert sich tendenziell den Werten der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund an. Darüber hinaus zeigt Abb. 15, dass die Zuschreibung von Integrationsverantwortlichkeiten je nach Herkunftsgruppe unterschiedlich ausgeprägt ist. Eine besonders hohe Staatsverantwortung sehen Befragte türkischer Herkunft (Mittelwert 3,2), während die anderen Herkunftsgruppen zwischen 3,0 und 3,1 bleiben.

Die von politischer Seite immer wieder geäußerte Forderung, dass Zuwanderer stärker als die ‚Aufnahmegesellschaft‘ zu einer gelingenden Integration beitragen müssten, steht in der Selbsteinschätzung der Zuwandererbevölkerung gar nicht in Frage. Mit steigendem Bildungsgrad wächst zudem sowohl bei der Mehrheits- wie bei der Zuwandererbevölkerung der Anspruch an die eigene Gruppe. Bei Letzterer ist zudem zu beobachten, dass mit steigendem Bildungsgrad der Staat als Integrationsakteur an Bedeutung verliert (Abb. 16). Zuwanderereliten (3,0) weisen dem Staat eine geringere Verantwortung zu als gering qualifizierte Zuwanderer (3,2). Darüber hinaus sind hoch gebildete Zuwanderer der eigenen Gruppe gegenüber kritischer und gegenüber der Mehrheitsbevölkerung weniger kritisch eingestellt als gering gebildete Zuwanderer.

Abb. 14 Zuschreibung der Verantwortlichkeit für Integrationserfolg



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 15 Zuschreibung der Verantwortlichkeit für Integrationserfolg nach Generation und Herkunftsgruppe

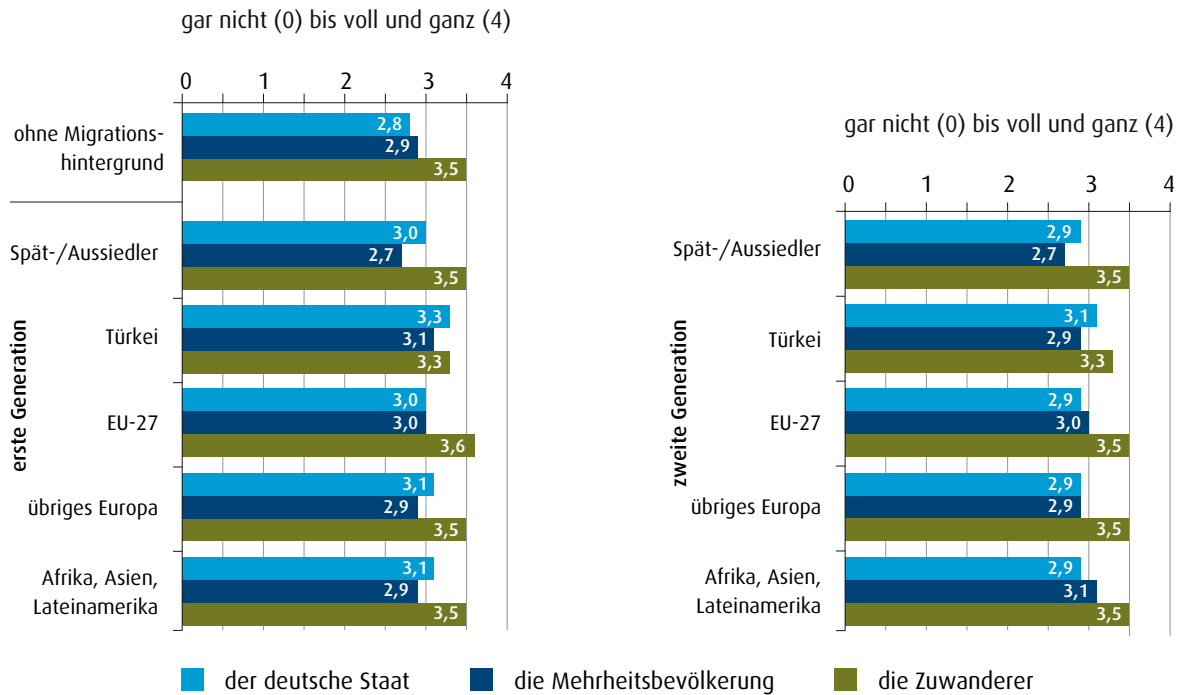
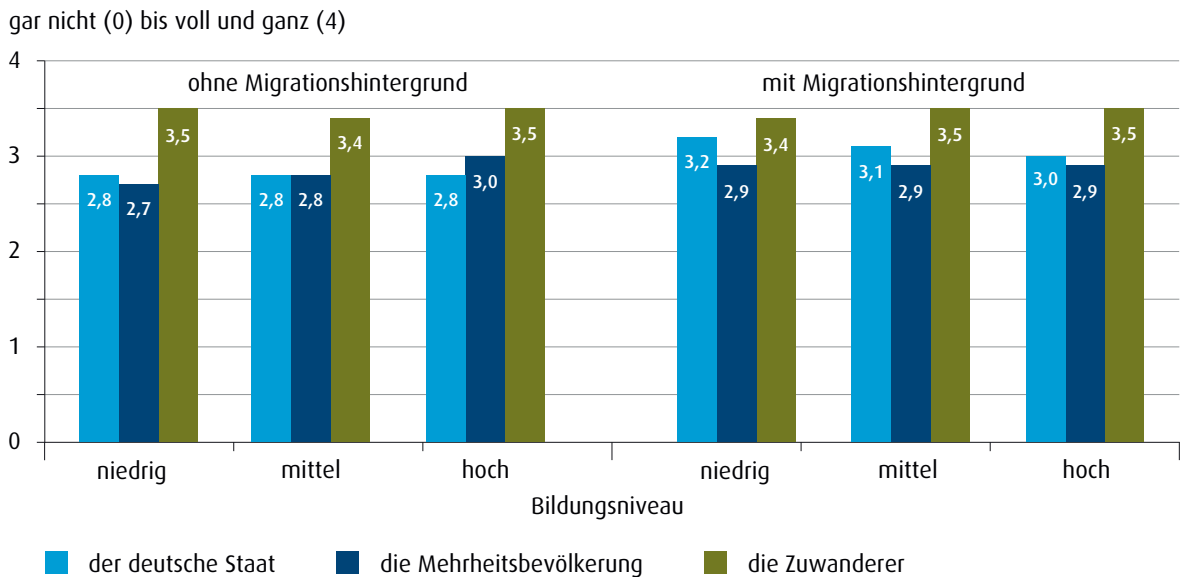


Abb. 16 Zuschreibung der Verantwortlichkeit für Integrationserfolg nach Bildungsniveau



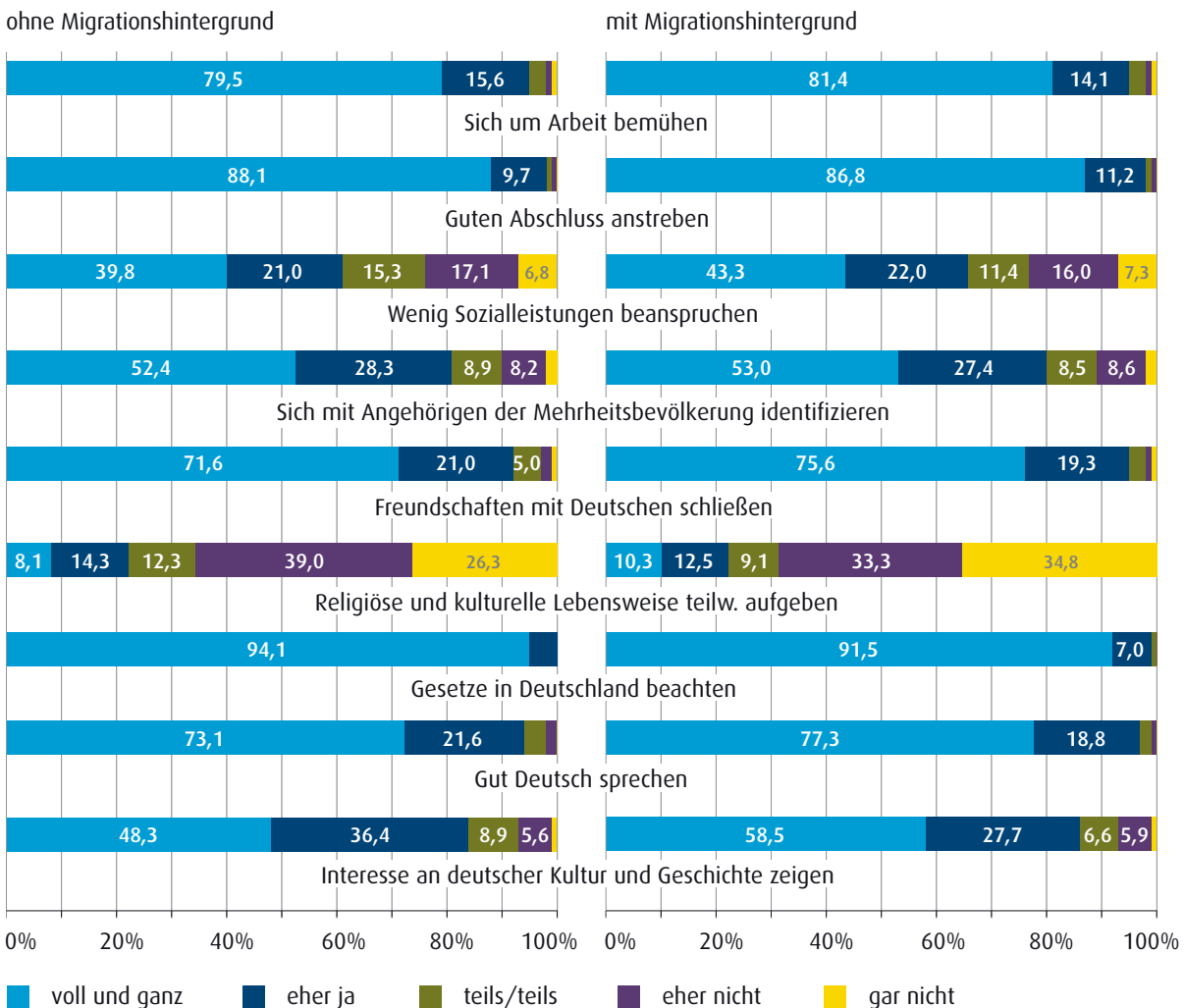
A.5 Erwartungen: weder Zwangsassimilation noch Multikulti-Idyll

Der Trend zu weitgehend übereinstimmenden Einschätzungen und Erwartungen setzt sich auch bei der Frage fort, welche Verhaltensweisen von der jeweils anderen Seite erwartet werden. Die im SVR-Integrationsbarometer geäußerten Erwartungen betreffen mehrheitlich den Bereich struktureller Integration: Die Bevölkerung mit wie ohne Migrationshintergrund erwartet von Zuwanderern vor allem eigene Anstrengungen im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt sowie das Einhalten der in Deutschland gültigen Gesetze und Rechtsnormen. Jeweils weit über 90 Prozent der Befragten betonen die Bedeutung

dieser Aspekte. Kaum erwartet wird hingegen kulturelle Assimilation, also die Aufgabe kultureller und religiöser Lebensformen: Solche Leistungen fordern nur je ca. 23 Prozent der Befragten und mehr als 65 Prozent auf beiden Seiten lehnen sie ab. Die in Politik und Medien heftig umstrittene, vom türkischen Premierminister Erdoğan in seiner Kölner Rede vom Februar 2008 als ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ gebrandmarkte Nötigung zur kulturellen Assimilation wird mithin nicht nur von den Zuwanderern, sondern ebenso auch von der Mehrheitsbevölkerung abgelehnt (Abb. 17).

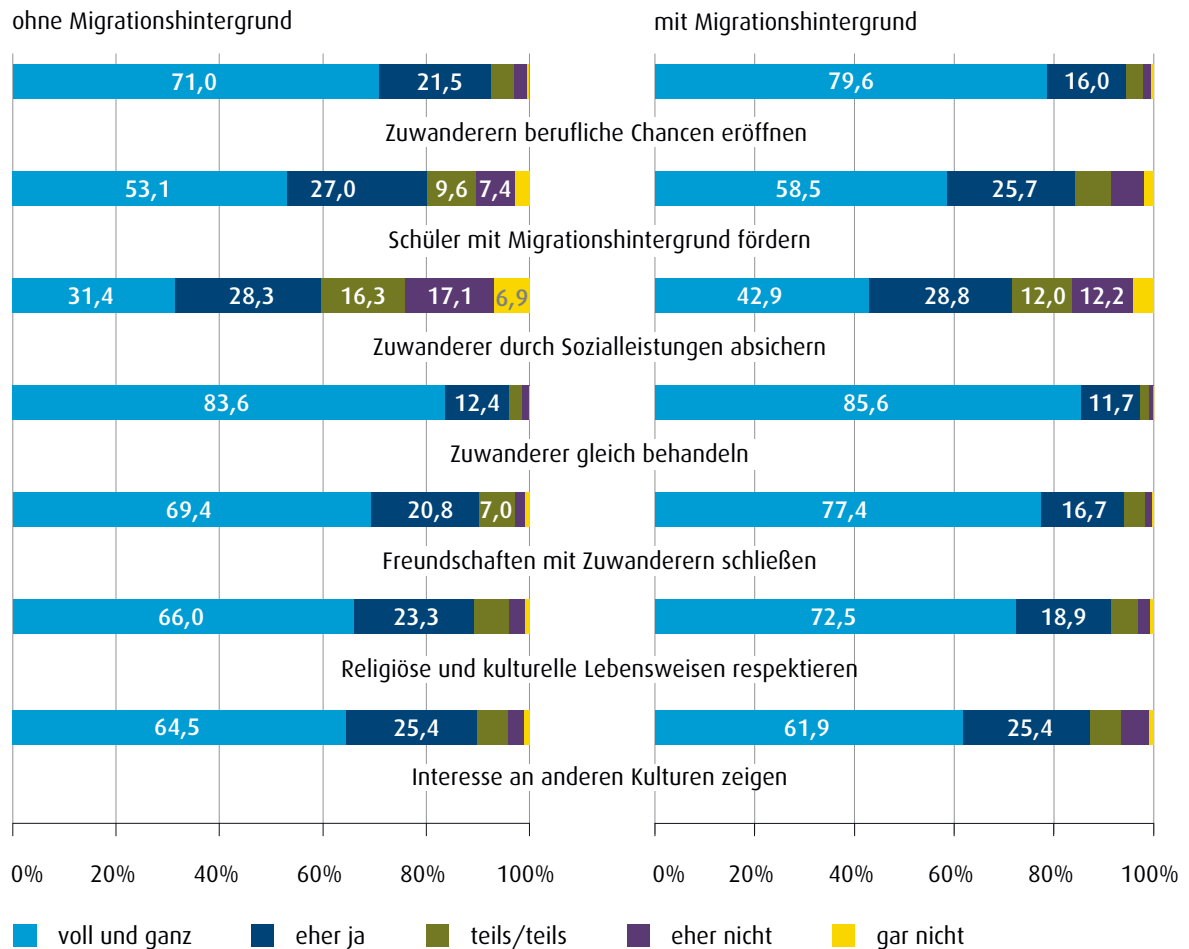
Den in Abb. 17 aufgeführten Wünschen und Forderungen an die Zuwandererbevölkerung stehen die Erwartungen an die Mehrheitsbevölkerung gegenüber. Von dieser

Abb. 17 Erwartungen an Zuwanderer



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 18 Erwartungen an Angehörige der Mehrheitsbevölkerung



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

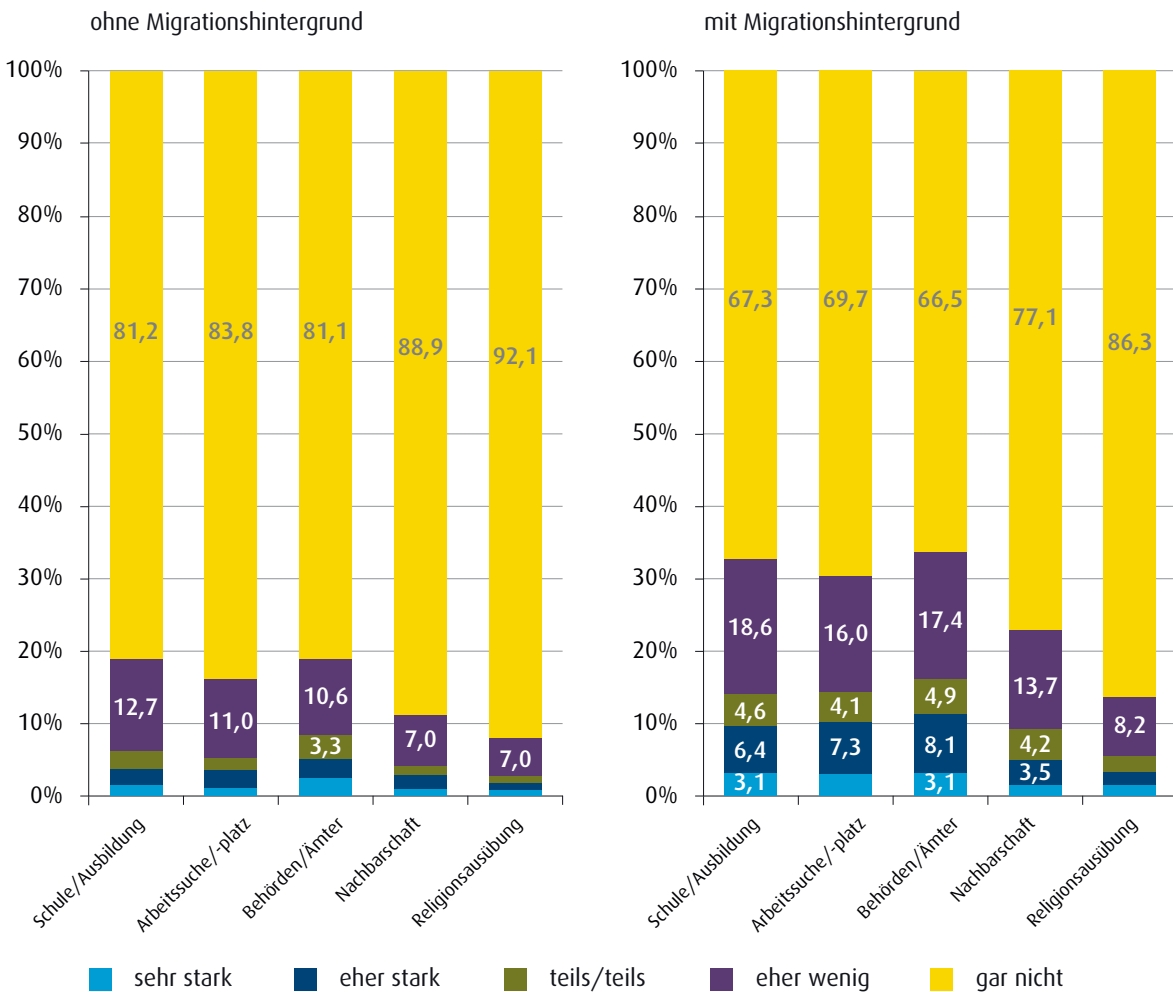
erwarten beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft v. a. Gleichbehandlung und die Eröffnung beruflicher Chancen (Abb. 18).

Die von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund jeweils an die andere Adresse gerichteten Erwartungen in Bezug auf Integrationsbereitschaft sind auch für die Frage instruktiv, was Integration im Alltag der Einwanderungssituation konkret heißen kann. Es zeigt sich: Befragte mit wie ohne Migrationshintergrund teilen ein als ‚civic integration‘ bezeichnetes wenig voraussetzungsreiches, prozedurales und pragmatisches Integrationsverständnis (Koopmans et al. 2005; Joppke 2007), das auf kulturelle Anpassungsleistungen weitgehend verzichtet. In der Einschätzung beider Seiten der Einwanderungsgesellschaft erscheint damit Kultur als Teil der Integrationspolitik weitgehend verzichtbar.

A.6 Erlebte Diskriminierung: geringer als erwartet

Unterschiede zwischen Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung zeigen sich allerdings – wie zu erwarten – in der Einschätzung von Diskriminierung und Benachteiligung. Zuwanderer berichten davon häufiger als Menschen ohne Migrationshintergrund. Insgesamt bleibt das im Rahmen des Integrationsbarometers gemessene Diskriminierungsniveau allerdings niedrig: Abhängig vom jeweiligen Diskriminierungsfeld berichten zwischen zwei Drittel (66%) und 80 Prozent der befragten Zuwanderer, dass sie keine Benachteiligungserfahrungen kennen. Die Erfahrung „starker“ oder „eher starker“ Benachteiligungen geben zwischen 3 und 11 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund an.

Abb. 19 Benachteiligungserfahrungen



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

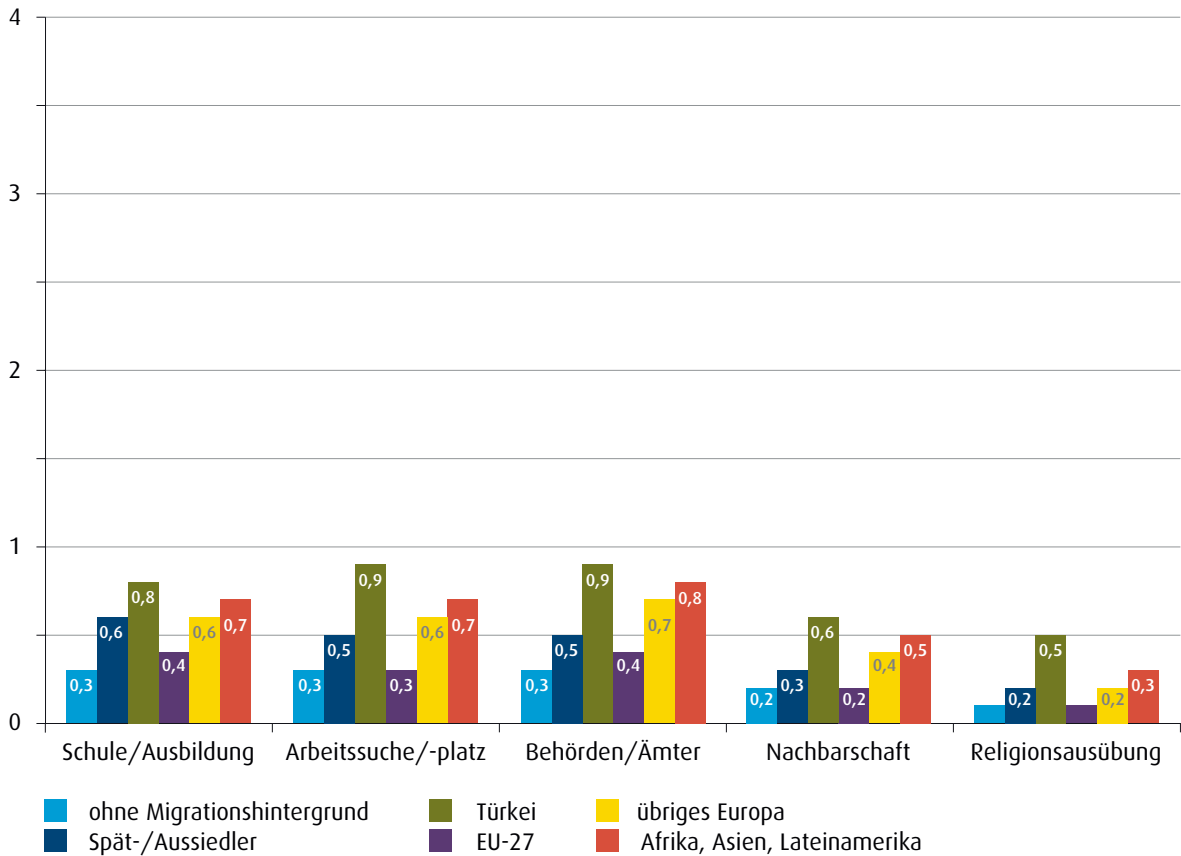
Besonders niedrig sind Benachteiligungserfahrungen im Bereich der Religionsausübung. Die in der öffentlichen Darstellung betonte Diskriminierung praktizierender Muslime lässt sich mit den Daten des Barometers nicht bestätigen. Vielmehr erscheint die Ausübung von Religion in der Sicht der Befragten als ein weitgehend diskriminierungsfreier Bereich. Schwerpunkte von Diskriminierung sieht sowohl die Mehrheits- wie die Zuwanderungsbevölkerung eher in Ämtern und Behörden (Abb. 19).

Am Arbeitsplatz oder bei der Arbeitssuche nehmen bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund Frauen eine stärkere Benachteiligung wahr als Männer. Ihre erfahrungsgestützten Einschätzungen bestätigen damit die in zahlreichen Untersuchungen belegte Ungleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Entlohnung in Deutschland. Bei Menschen mit Migrationshintergrund hingegen ist ein solcher Geschlechterunterschied nicht zu beobachten, weil auch Männer mit Migrationshintergrund häufiger von Diskriminierung betroffen sind.⁴

⁴ Benachteiligungserfahrungen wurden im SVR-Integrationsbarometer ohne eine zeitliche Einschränkung bzw. Spezifizierung abgefragt. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Werte der berichteten Diskriminierungen auch deshalb eher gering ausfallen, weil diese von den Befragten auf einen langen Zeitraum gesehen als weniger bedeutsam bewertet werden und negative Erfahrungen in einzelnen Bereichen von positiven aufgewogen werden.

Abb. 20 Benachteiligungserfahrungen nach Herkunftsgruppen

gar nicht (0) bis sehr stark (4)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Selbst die höchsten Werte, die im Bereich der Benachteiligungserfahrungen für die türkische Gruppe gemessen wurden, bleiben bei einer Skalierung von 0 („gar keine Benachteiligung“) bis 4 („sehr starke Benachteiligung“) unter einem Durchschnittswert von 1 (Abb. 20). Dieselben Ergebnisse gelten für die Gruppe der Muslime, die neben den 70 Prozent Personen türkischer Herkunft zu 10 Prozent Personen aus Europa und zu 20 Prozent Personen von außerhalb Europas einschließt. Muslime berichten in allen Bereichen von mehr Diskriminierungserfahrungen als Angehörige anderer Religionen oder Bekenntnislose. Doch auch für sie sind die Werte für Diskriminierungserfahrungen insgesamt niedrig: Sie liegen bei 0,9 bei der Arbeitssuche oder am Arbeitsplatz sowie bei Ämtern und Behörden und fallen mit 0,5 bei der Religionsausübung noch geringer aus.

Ogleich das absolute Ausmaß wahrgenommener Diskriminierung auch für die Gruppe der Muslime mit

türkischer Herkunft sowie für Muslime insgesamt gering bleibt, sind Muslime mithin benachteiligungssensibler als andere Zuwanderergruppen. Dabei ist hier nicht zu klären, ob die relativ höheren Benachteiligungserfahrungen bei den Befragten mit türkischem Migrationshintergrund sowie Muslimen generell Resultat einer besonders gegen diese Gruppen gerichteten Ausgrenzung sind oder einer stärkeren Tendenz dieser Gruppe, sich selbst als Opfer zu sehen (Viktimisierungstendenz).

Das Problem der diskriminierenden Benachteiligung im Ganzen wird durch diese Ergebnisse allerdings nicht verwischt. Immerhin nehmen jeweils um die 10 Prozent der befragten Zuwanderer in den Bereichen Schule/Ausbildung, Arbeitssuche/-platz und Behörden/Ämter „starke“ oder sogar „sehr starke“ Diskriminierungen wahr. Angesichts des auch unter Zuwanderern weitgehend unbekanntes Antidiskriminierungsgesetzes zeigt sich in diesem Feld deutlicher politischer Handlungsbedarf.

A.7 Heimat Deutschland? Wohlfühlen und Lebenszufriedenheit

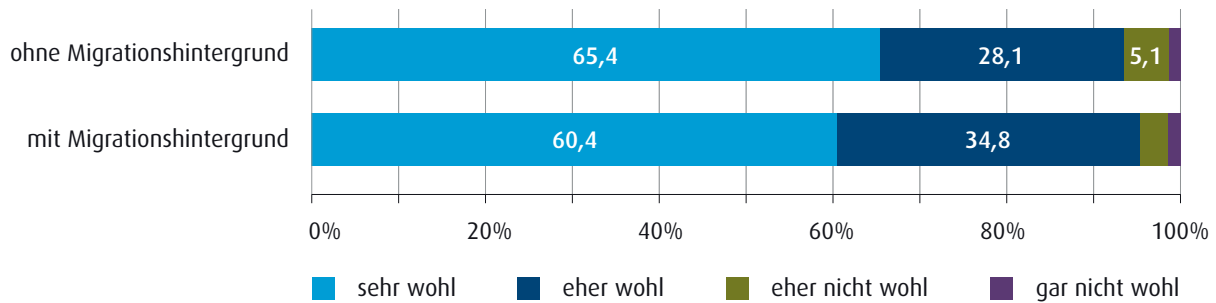
Personen mit und ohne Migrationshintergrund fühlen sich in Deutschland „sehr wohl“ oder „eher wohl“. Bei einer kombinierten Betrachtung dieser beiden Antwortkategorien zeigen sich bei Zuwanderern sogar leicht höhere Werte. Unwohl fühlen sich im Land lediglich jeder 20. befragte Zuwanderer (4,8%)⁵ und jeder 15. Befragte

ohne Migrationshintergrund (6,5%) (Abb. 21) und somit bemerkenswerterweise mehr Personen der Mehrheits- als der Zuwandererbevolkerung.

Signifikant niedriger als bei der Mehrheitsbevölkerung ist das Wohlfühlniveau lediglich bei den Befragten türkischer Herkunft; allerdings bewegt sich der für diese Gruppe auf einer Skala von 0 („gar nicht wohl“) bis 4 („sehr wohl“) gemessene Mittelwert von 2,4 ebenfalls am oberen Ende der Wohlfühlskala (Abb. 22).

Abb. 21 Zufriedenheit mit Deutschland

Wie wohl fühlen Sie sich in Deutschland?

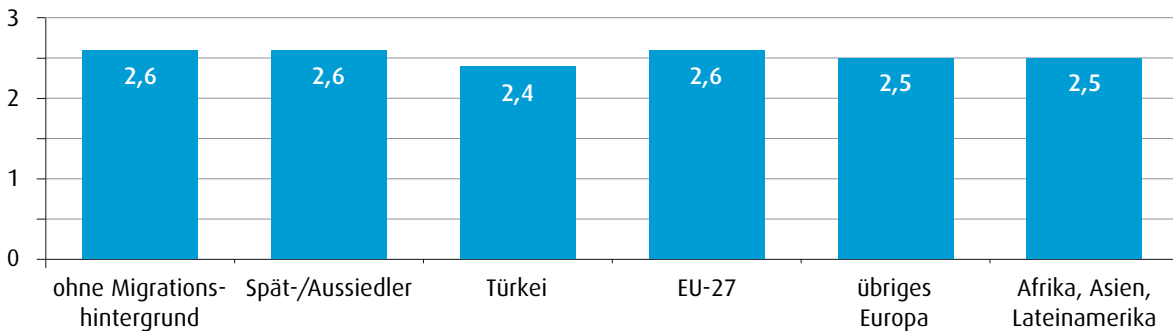


Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 22 Zufriedenheit mit Deutschland nach Herkunftsgruppe

Wie wohl fühlen Sie sich in Deutschland?

gar nicht wohl (0) bis sehr wohl (3)



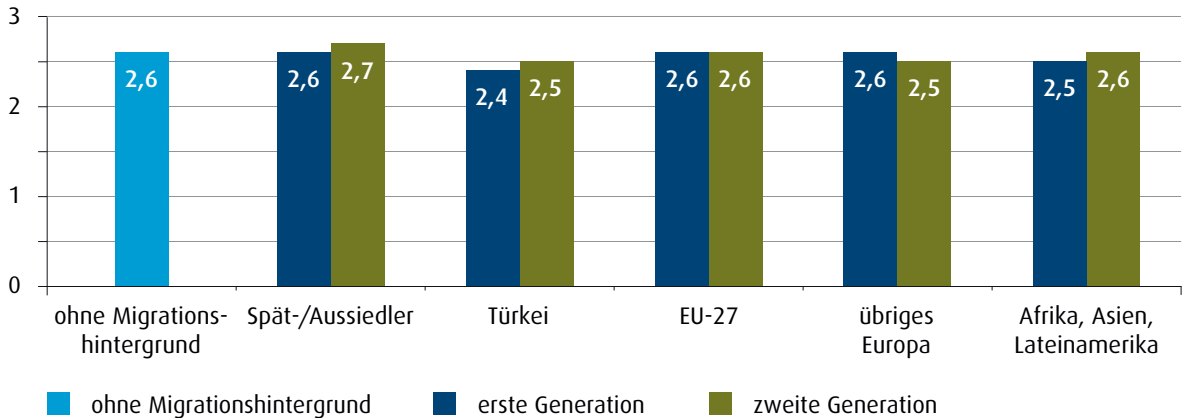
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

5 Das Ausmaß des Wohlfühlens in Deutschland geht mit den Deutschkenntnissen zusammen. Personen mit eingeschränkten Kenntnissen der deutschen Sprache fühlen sich signifikant unwohler, wobei unklar ist, ob die Sprachkenntnis das Wohlbefinden beeinflusst oder umgekehrt das geringere Wohlfühlen den Spracherwerb. Dasselbe gilt für Personen mit Migrationshintergrund, die vor allem im Bereich der sozialen Beziehungen und der Nachbarschaft nur wenige Kontakte zur anderen Gruppe haben.

Abb. 23 Zufriedenheit mit Deutschland nach Generation und Herkunftsgruppe

Wie wohl fühlen Sie sich in Deutschland?

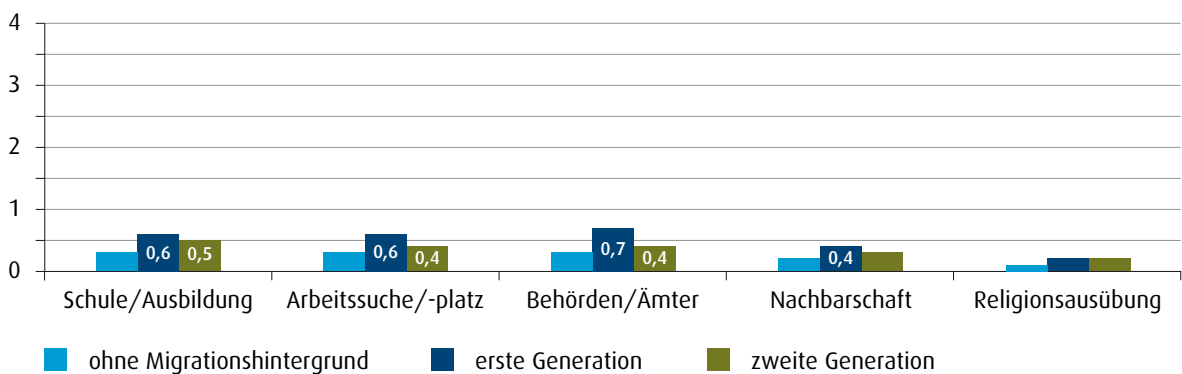
gar nicht wohl (0) bis sehr wohl (3)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 24 Benachteiligungserfahrung nach Generation

gar nicht (0) bis sehr stark (4)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Zwischen der ersten und der zweiten Zuwanderergeneration türkischer Herkunft lässt sich zudem eine Bewegung nach oben feststellen, die zweite Generation fühlt sich mithin im Land wohler als die erste (Abb. 23).

Dieselben intergenerativen Unterschiede zeigen sich auch bei den oben diskutierten Benachteiligungserfahrungen. Hier liegen die Werte der zweiten Generation deutlich unter denen der ersten. Die wahrgenommene Benach-

teiligung ähnelt damit eher der der Mehrheitsbevölkerung als der der ersten Zuwanderergeneration (Abb. 24).

Die hier sichtbare Abkopplung der zweiten von der ersten Zuwanderergeneration und die damit verbundene Annäherung an die Muster der Mehrheitsbevölkerung spricht für ein insgesamt hohes und intergenerativ zunehmendes Niveau an Lebenszufriedenheit bei der Zuwandererbevölkerung.

B

Integrationsklima: Index und einzelne Bereiche

Der Integrationsalltag in der Einwanderungsgesellschaft ist geprägt durch eine Vielfalt von Integrationserfahrungen, Erfolgen wie Misserfolgen. Integration verläuft in den verschiedenen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens unterschiedlich – auf dem Arbeitsmarkt anders als im Bildungssystem, in der Nachbarschaft anders als in Sozialbeziehungen. Um Integrationsrealitäten und den von Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund wahrgenommenen Integrationsalltag differenziert zu erfassen, ist es hilfreich, diese für eine individuelle Lebensführung wichtigen Bereiche einzeln zu betrachten. So kann das Integrationsklima etwa in der Nachbarschaft sehr positiv, im Bildungssystem aber problematisch und spannungsgeladener sein. Das Integrationsgeschehen in den einzelnen Bereichen wird im Rahmen des Integrationsbarometers über drei aufeinander aufbauende Schritte erfasst:

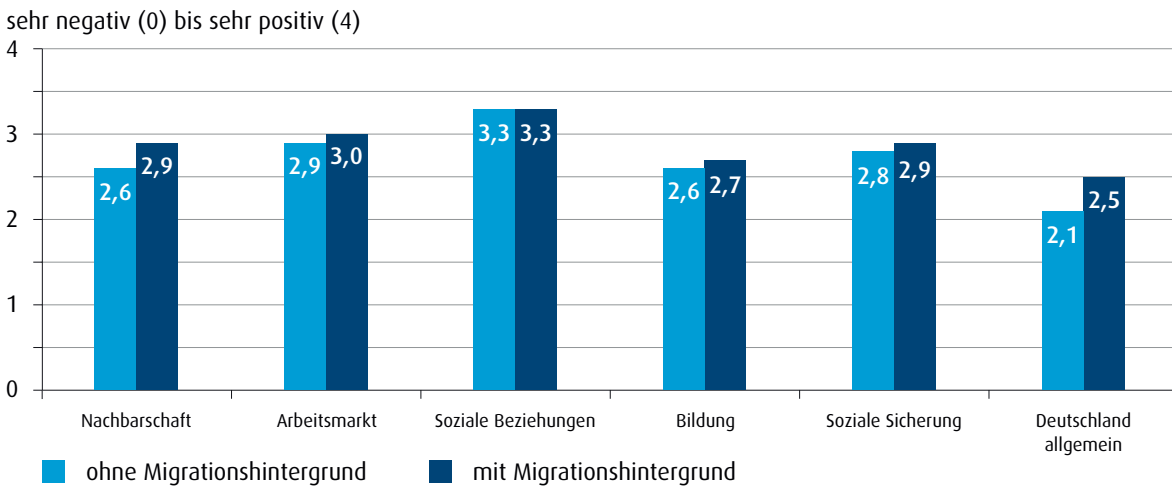
Für jeden gesellschaftlichen Bereich werden zunächst eigene Erfahrungen mit ethnischer Heterogenität erfragt. Es folgen zwei Einschätzungsfragen: Zum einen wird erhoben, inwiefern allgemein formulierte Normen im bereichsspezifischen Umgang mit Heterogenität auf beiden

Seiten der Einwanderungsgesellschaft Zustimmung finden und anerkannt werden, zum anderen wird ermittelt, ob die Befragten die spezifische Leistungsfähigkeit eines gesellschaftlichen Teilbereichs durch ethnische Heterogenität beeinträchtigt sehen. Schließlich wird nach bereichsspezifischen Verhaltenstendenzen gefragt. Dieser Dreischritt berücksichtigt, dass eigene Vorerfahrungen im Umgang mit ethnischer Vielfalt in den jeweiligen gesellschaftlichen Bereichen Einschätzungen zu Norm und Leistungsfähigkeit der einzelnen Teilbereiche beeinflussen und dass diese Einschätzungen wiederum Auswirkungen auf das eigene Verhalten haben.

B.1 Pragmatischer Umgang mit ethnischer Heterogenität

Insgesamt herrscht in Deutschland auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft ein relativ freundliches Integrationsklima. Die aggregierten Mittelwerte in den einzelnen Bereichen liegen allesamt über dem Skalen-

Abb. 25 Integrationsklima der Teilbereiche im Vergleich



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

mittelwert von 2. Im Bereich der sozialen Beziehungen positionieren sich Zuwanderer und Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung sogar beide übereinstimmend im Bereich von 3,3 (Abb. 25).

In Schulnoten überführt bedeutet dies ein knapp ‚gutes‘ Integrationsklima, welches den geläufigen öffentlichen Skandalisierungen des Themas Integration widerspricht. Vielmehr sehen Menschen mit Migrationshintergrund die Integrationsverhältnisse teilweise sogar etwas positiver als die Mehrheitsbevölkerung, vor allem in den Bereichen Nachbarschaft, Arbeitsmarkt und Bildung.

B.2 Gemeinsame Integrationsprobleme, gemeinsamer Integrationsalltag

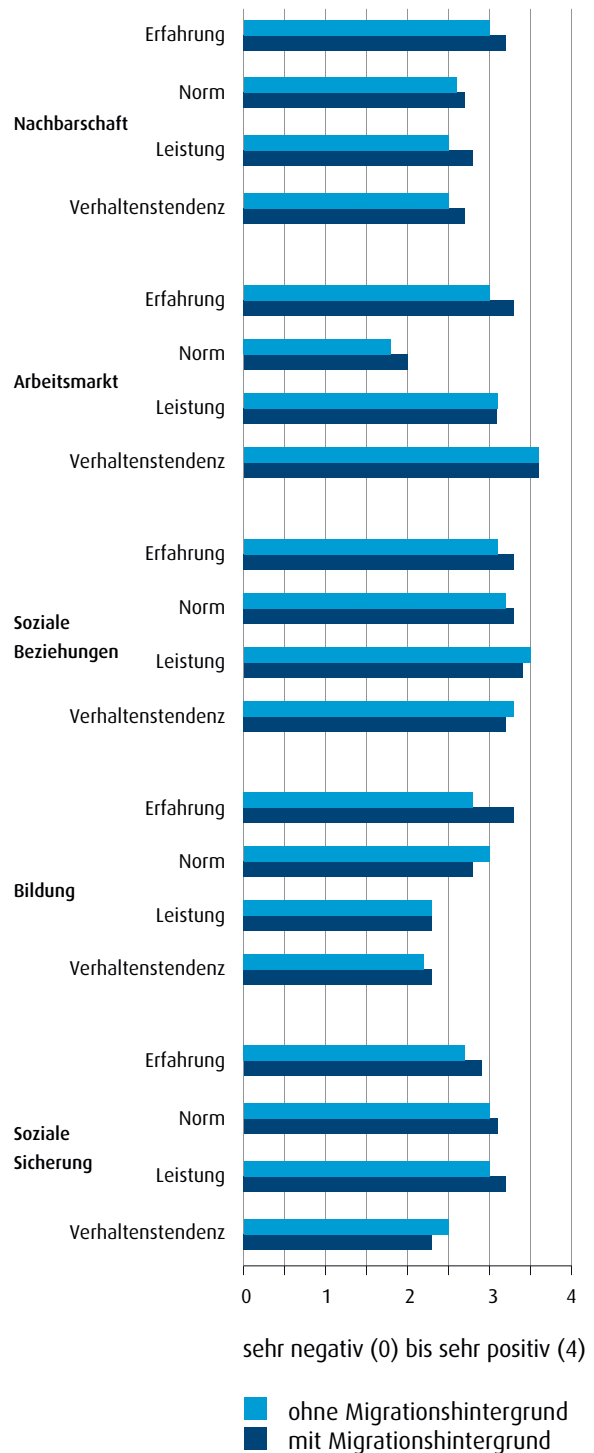
In Sachen Integration haben Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Einwanderungsgesellschaft mehr gemeinsam, als in publizistischen Diskursen teilweise vermittelt wird. Die weitgehende Parallelität der bereichsspezifischen Erfahrungen, Einschätzungen und Verhaltenstendenzen (Abb. 26) verweist auf eine vergleichbare Wahrnehmung der jeweiligen lokalen und bereichsspezifischen Integrationsverhältnisse bei Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung. Beide Seiten haben ähnliche bis identische Einschätzungen der jeweils lokal und bereichsspezifisch gültigen Integrationsverhältnisse. Unterschiede in der Einschätzung des Integrationsklimas zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund werden also häufig überschätzt. Umso abwegiger ist das Bild vom marginalisierten bzw. demotivierten Zuwanderer. Menschen mit Migrationshintergrund sehen Integration sogar tendenziell etwas positiver. Sie fühlen sich nicht nur, wie gezeigt, in ihrem Einwanderungsland wohl, sondern stehen den jeweiligen Integrationsherausforderungen in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen auch relativ zuversichtlich gegenüber.

Umso deutlicher treten die Unterschiede zwischen den einzelnen Teilbereichen hervor: Ein freundliches Klima in der Nachbarschaft wird von den mehrheitlich noch positiveren Werten am Arbeitsmarkt überboten. Das freundliche Integrationsklima im Bereich der sozialen Nahbeziehungen kontrastiert mit den Problemen im Bildungsbereich. Diese Unterschiede werden in B.4, B.5 und B.6 untersucht.

B.3 Ein Integrationsklima-Index für die Einwanderungsgesellschaft

Aus den von Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund erlebten Integrationsrealitäten in der Nachbarschaft, am Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und bei sozialen Nahbeziehungen lässt sich ein Integrationsklima-Index (IKI) bilden. Dieser kann für Menschen mit und

Abb. 26 Dimensionen des Integrationsklimas der Teilbereiche im Vergleich

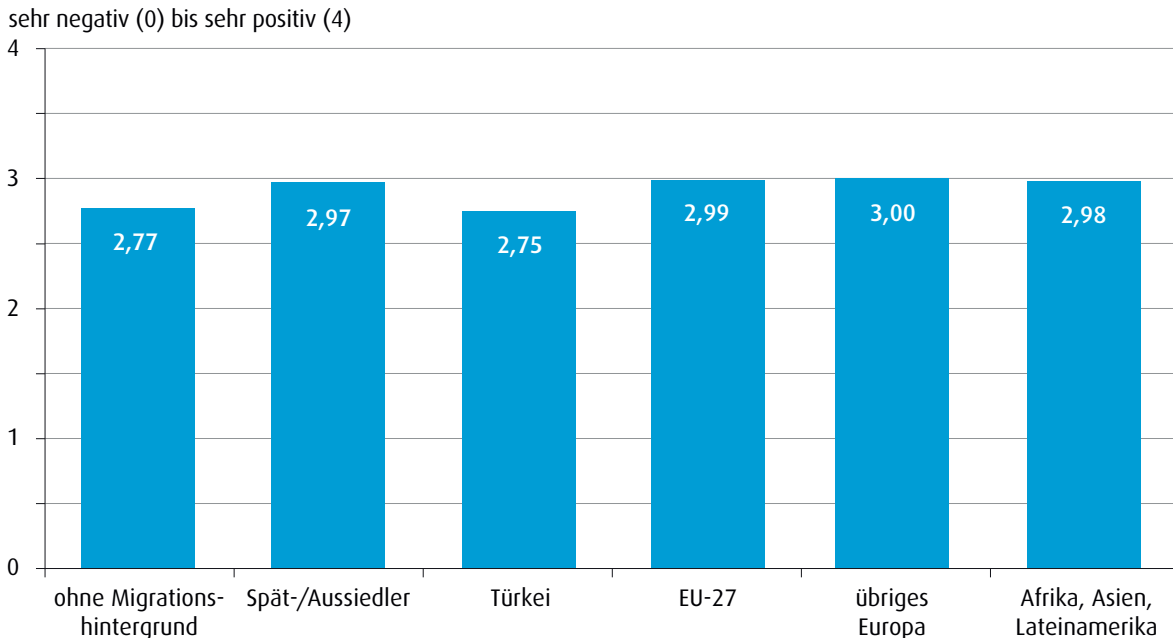


sehr negativ (0) bis sehr positiv (4)

■ ohne Migrationshintergrund
■ mit Migrationshintergrund

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 27 SVR-Integrationsklima-Index nach Herkunftsgruppe



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

ohne Migrationshintergrund sowie nach verschiedenen Herkunftsgruppen getrennt ausgewiesen werden.⁶ Der IKI-Minimalwert beträgt null. Dieser Wert stellt das schlechteste vorstellbare Integrationsklima dar. Der in der Befragung maximal erreichbare Wert ist vier, in diesem Fall hätten alle Befragten in allen Bereichen die jeweils beste mögliche Bewertung des Integrationsklimas vergeben.

Der Integrationsklima-Index für das Jahr 2009 beträgt 2,77 für die Mehrheitsbevölkerung und 2,93 für die Zuwandererbevölkerung. Beide IKI-Werte tendieren nach oben und signalisieren ein freundliches Integrationsklima. Dabei nehmen Personen mit Migrationshintergrund das Klima etwas positiver wahr als die Mehrheitsbevölkerung. Personen türkischer Herkunft sowie die Mehrheitsbevölkerung sind etwas kritischer und weisen einen Wert von 2,75 auf. Dagegen schätzen Spät-/Aussiedler, Zuwanderer aus der EU-27, aber auch aus dem Nicht-EU-Europa und sogar aus Afrika/Asien/Lateinamerika das Integrationsklima freundlicher ein. Ihr IKI-Wert liegt bei 3 (Abb. 27).

Die gruppenspezifische Auswertung des Integrationsgeschehens durch die wichtigsten Gruppen in der

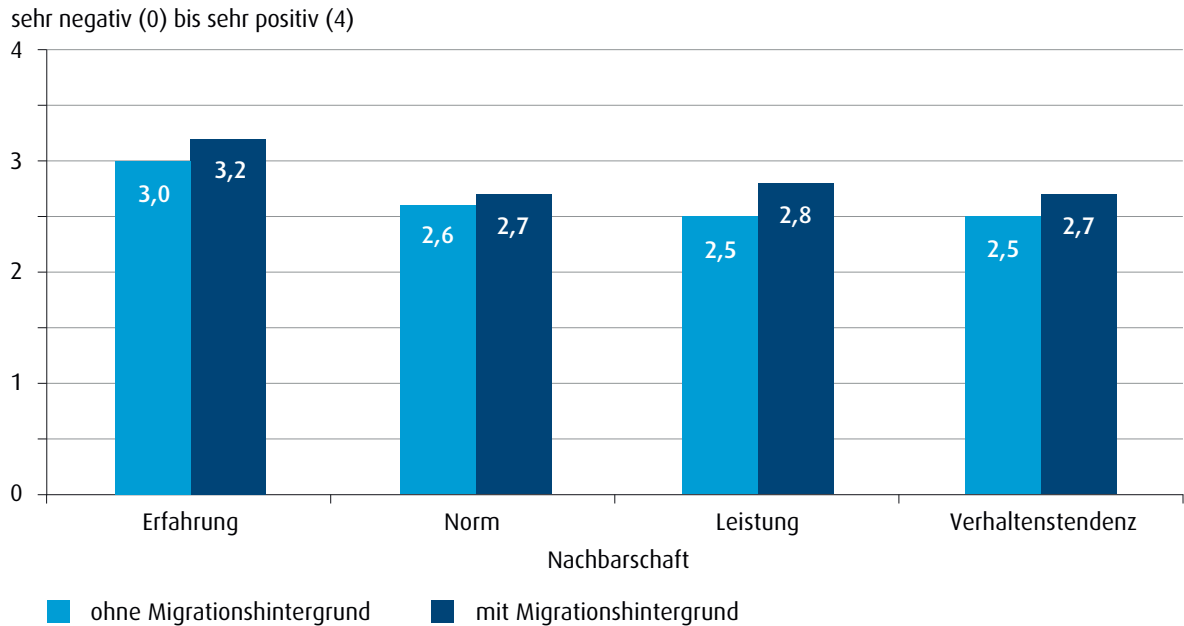
Einwanderungsgesellschaft verdeutlicht, dass kein Integrationspessimismus herrscht und der Integrationsalltag vielmehr relativ positiv gesehen wird. Der hier erstmals präsentierte Integrationsklima-Index bietet eine Grundlage für spätere Vergleichsmessungen zum Wandel des Integrationsklimas.

B.4 Zusammenleben in der Nachbarschaft: weder ‚Parallelgesellschaften‘ noch Abschottung

Der Integrationsklima-Index wird durch die Ergebnisse in den einzelnen Teilbereichen bestätigt und gestärkt. Die Nachbarschaft gilt dabei als zentraler Integrations-schauplatz. Eine Studie des Open Society Institute (OSI) zur Zugehörigkeit muslimischer Zuwanderer hat kürzlich am Beispiel Hamburg und Berlin auf lokaler und regionaler Ebene hohe Identifikationswerte bei den muslimischen Zuwanderern festgestellt. Die Ergebnisse des Integrationsbarometers bestätigen diese Beobachtungen weitgehend und stellen auch über die Gruppe der Muslime hinaus ein positives Integrationsklima im Bereich

⁶ Je nachdem, ob der Befragte eigene Erfahrungen im Umgang mit ethnischer Heterogenität in den vier Bereichen aufweist, gehen pro Integrationsbereich drei oder vier Einzelwerte in den Index ein. Pro Person bilden damit mindestens 12 und höchstens 16 Einzelwerte den IKI.

Abb. 28 Integrationsklima im Teilbereich Nachbarschaft



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Nachbarschaft fest (Abb. 28). Alle Werte liegen deutlich über der Skalenmitte von 2, besonders positiv werden die eigenen Erfahrungen mit Zuwanderern bzw. Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung in der Nachbarschaft eingeschätzt.

Im Bereich der Nachbarschaft bestätigt sich neben einem generell positiven Klima auch das bereits angedeutete Muster einer größeren Zufriedenheit von Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung. Erstere haben im wohnräumlichen Zusammenleben bessere Erfahrungen gemacht als Menschen ohne Migrationshintergrund, schätzen die Qualität des Wohnens in ethnisch gemischten Vierteln höher ein und äußern zudem keine Neigung, sich in tendenziell ethnisch homogene Quartiere oder gar ‚Parallelgesellschaften‘ zurückzuziehen.

B.5 Integrationsklima Arbeit: leistungsstarker Arbeitsmarkt ohne Gleichberechtigung?

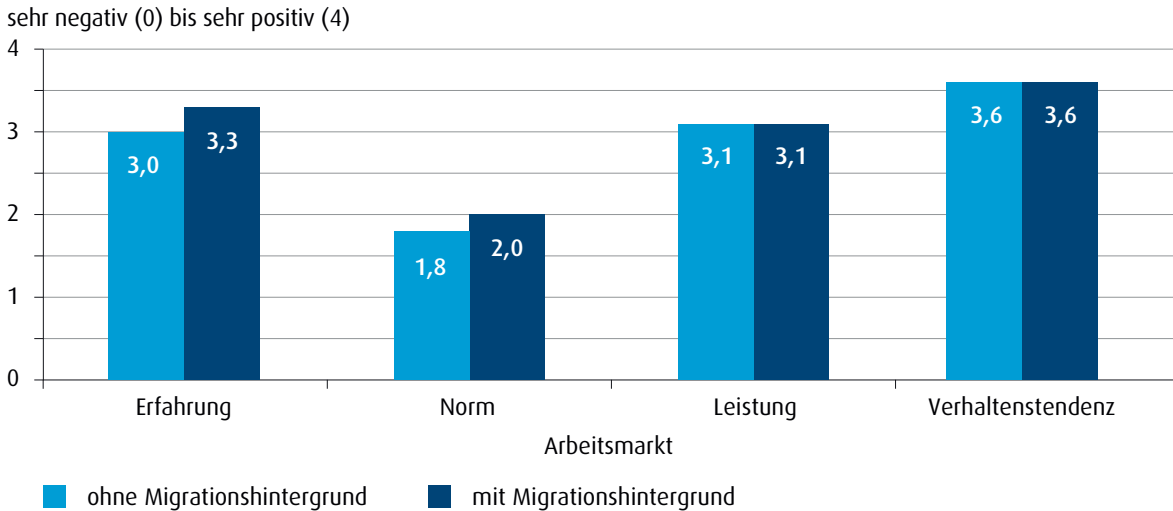
Zentrale Integrationsachse in Deutschland war seit jeher und ist nach wie vor der Arbeitsmarkt. Integration vollzog sich von den 1970er Jahren bis in die 1990er Jahre hinein vor allem im Betrieb und am Arbeitsplatz. Darüber hinaus ist die Partizipation am Arbeitsmarkt eine besonders

folgenreiche Integrationsdimension, da vom Gelingen und Misslingen der Integration in diesem Bereich vielerlei Partizipationschancen in anderen Bereichen abhängen. Im Bereich der Arbeitsmarktintegration misst das SVR-Integrationsbarometer Erfahrungen, Einschätzungen und Tendenzen beim Umgang mit ethnischer Vielfalt am Arbeitsplatz. Aussagen über die grundsätzliche Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz oder der Position am Arbeitsmarkt können daraus nicht abgeleitet werden.

Wie schon in der Nachbarschaft zeigt sich auch für den Bereich des Arbeitsmarktes ein relativ positives Integrationsklima. Mehrheitsbevölkerung und in noch stärkerem Maße Zuwanderer haben gute bis sehr gute eigene Erfahrungen im Umgang mit ethnischer Heterogenität, sehen durch heterogene Belegschaften keinesfalls die Leistungsfähigkeit von Betrieben und Verwaltungen eingeschränkt und stehen der Beschäftigung in einem Betrieb mit ethnisch heterogener Belegschaft sehr positiv gegenüber (Abb. 29).

Dem gegenüber steht eine schlechtere Einschätzung der Chancengerechtigkeit (Norm). Menschen ohne Migrationshintergrund sehen diese sogar noch skeptischer und halten gleiche Chancen bei gleicher Qualifikation bei Bewerbern mit Migrationshintergrund für häufig nicht gegeben.

Abb. 29 Integrationsklima im Teilbereich Arbeitsmarkt



B.6 Kontrapunkte: problemlose Privatkontakte und ‚Klassenkampf im Klassenzimmer‘

Neben dem relativen Integrationsoptimismus in der Nachbarschaft und am Arbeitsmarkt gibt es auch Problembereiche. So legt der Vergleich zwischen den sozialen Nahbeziehungen und dem Schulsystem einen Kontrapunkt offen: Im Bereich der sozialen Beziehungen haben Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund durchweg sehr positive Erfahrungen und Einschätzungen, auch mit engen Freundschaften mit Zugehörigen der jeweils anderen Seite der Einwanderungsgesellschaft haben sie keine Probleme. Im Bildungsbereich, der für eine erfolgreiche Integration besonders wichtig ist, zeigt sich hingegen ein kritisches Bild (Abb. 30).⁷

Zwar liegen auch im Bildungsbereich Erfahrungs-, Norm-, Leistungs- und Verhaltenstendenzwerte jeweils über dem Wert 2 und drücken damit ein grundsätzlich freundliches Integrationsklima aus. Jedoch zeigt sich hier bei den Befragten mit wie ohne Migrationshintergrund ein Paradox: Beide Gruppen haben im Umgang mit ethnischer Heterogenität in den Institutionen des Bildungssystems selber positive Erfahrungen gemacht (Erfahrung) und sind zuversichtlich im Blick auf eine Gleichbehand-

lung von Schülern mit und ohne Migrationshintergrund im Bildungssystem (Norm). Diese positiven Werte relativieren sich aber bei der Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems im Umgang mit ethnisch heterogenen Schülerschaften und im Hinblick auf die Bereitschaft, die eigenen Kinder in ethnisch gemischte Schulen zu schicken (Verhaltenstendenz): Sowohl Zuwanderer- als auch Mehrheitsbevölkerung zweifeln daran, dass Kinder an ethnisch heterogenen Schulen genauso viel lernen. Entsprechend sind die Eltern auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft weniger bereit, ihre eigenen Kinder an Schulen mit einem hohen Zuwandereranteil anzumelden.

Abb. 31 präzisiert diese Entwicklung: Sie zeigt, dass – auch bei ausgezeichneten eigenen Erfahrungen im Umgang mit ethnischer Vielfalt im Bildungssystem – die Bereitschaft, die eigenen Kinder in ethnisch gemischte Schulen zu schicken, bei Haushalten mit einem hohen Einkommen noch geringer ist als in Haushalten mit einem niedrigeren Einkommen. Gerade Haushalte ab der gehobenen Mittelschicht aufwärts sowie Aufsteigerhaushalte mit Migrationshintergrund achten besonders darauf, ihren Kindern optimale Bildungschancen zu bieten, und sind deshalb weniger als andere Einkommensgruppen bereit, das ‚Risiko‘ ethnisch gemischter Schulklassen für ihre Kinder einzugehen. Bei Zuwandererhaushalten

⁷ Die Unterschiede zwischen den Bereichen Soziale Beziehungen und Bildung spiegeln auch die Tatsache wider, dass im ersten Bereich Partner und Kontakte weitgehend frei wählbar sind, während dies für den Bereich der Bildung nur sehr eingeschränkt gilt.

Abb. 30 Integrationsklima in den Teilbereichen Bildung und soziale Beziehungen im Vergleich

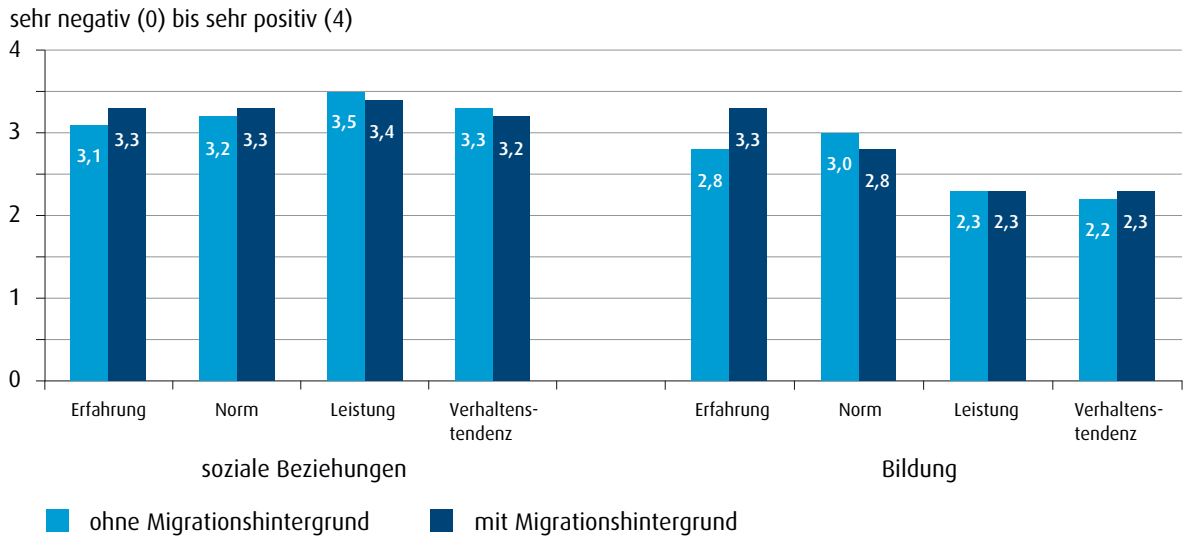
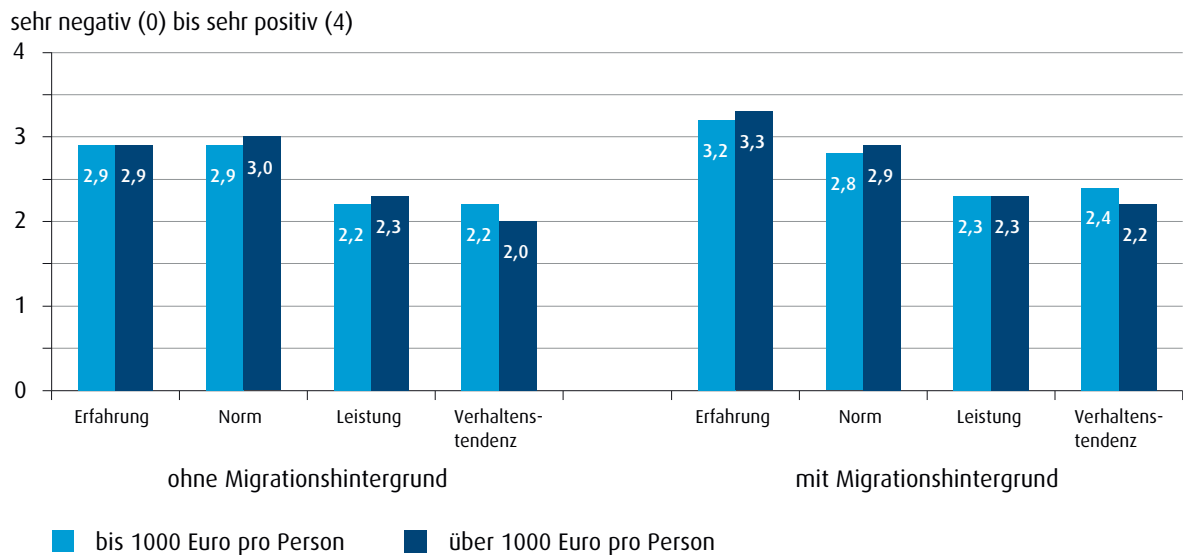


Abb. 31 Integrationsklima im Teilbereich Bildung nach Einkommensgruppe



aus der Mittel- und Oberschicht ist die Differenz zwischen eigener Erfahrung mit Heterogenität im Bildungssystem und der Tendenz, die eigenen Kinder zukünftig in ethnisch heterogene Schulen zu schicken, sogar noch größer als bei Mittel- und Oberschichtshaushalten ohne Migrationshintergrund.

Einfache Forderungen, das Bildungssystem komplett so umzustrukturieren, dass es bei wachsender Heterogenität Chancengleichheit sichert, prallen an diesem bildungspolitischen Grunddilemma ab: Normativ widersetzt sich kaum jemand der Vorstellung von und Forderung nach Chancengleichheit im Bildungssystem; sobald

allerdings Eltern abverlangt wird, die eigenen Kinder zum Wohl der Gesamtheit auf eine ethnisch heterogene Schule zu schicken, wird gerade für bildungsorientierte und einkommensstarke Haushalte der gehobenen Mittel- und Oberschicht sowie für Aufsteigerhaushalte, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, struktureller Konservatismus zur Leitorientierung.

Die negativeren Einschätzungen der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems bei ethnisch heterogenen Schülerschaften sowie die deutlich sinkende Bereitschaft, die eigenen Kinder in gemischte Schulen zu schicken, stellen bei einem insgesamt positiven Integrationsklima die ‚Ausreißer‘ dar. Zudem zeigen sich bei den gehobenen

Schichten von Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung ein wachsendes Misstrauen gegenüber den Institutionen des Bildungssystems und ein potenzieller schichtspezifischer Widerstand gegen eine zügige und durchgreifende Bildungsreform. Für gehobene Schichten in Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung ist die Einschätzung der Leistungsfähigkeit einer Schule mehr als bei anderen Sozialgruppen das entscheidende Kriterium für die Schulwahl. Solange sich aber die Einschätzung hält, dass sich die Heterogenität der Schülerschaft negativ auf die Leistungsfähigkeit der Schule auswirkt, wird sich eine wachsende soziale Segregation im Bildungswesen nicht wirksam bekämpfen lassen.

C

Vertrauen und Misstrauen in der Einwanderungsgesellschaft

Ist die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland fähig, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten und soziales Vertrauen zu stiften? Oder zerfällt sie in die neuerdings immer wieder als Menetekel beschworene ‚Multiminoritätengesellschaft‘? Eine von vielseitigem Misstrauen geprägte Einwanderungsgesellschaft kann durch die eigendynamischen Fliehkräfte der Heterogenität in ihren Möglichkeiten beschränkt werden, flexibel auf gesellschaftlichen Wandel zu reagieren. Über das Verhältnis von Zuwanderung, ethnischer Diversität und interpersonellem Vertrauen wird im atlantischen Raum intensiv diskutiert, insbesondere im Zusammenhang mit der These von Robert Putnam, dass ab einem bestimmten Maß an ethnischer Heterogenität Vertrauen in Angehörige einer anderen, aber auch der eigenen Gruppe sinkt (Putnam 2007).

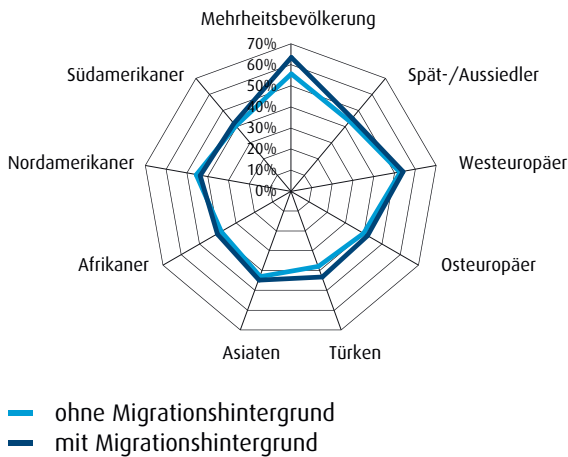
Mit den Daten des Integrationsbarometers ist nun erstmals eine Bestandsaufnahme interpersoneller Vertrauensräume zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund sowie zwischen einzelnen Zuwanderergruppen in der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland möglich. Mit Vertrauensräumen ist das Ausmaß des Vertrauens zwischen Subjekt und Objekt des Vertrauens gemeint. Unterschiede in den Vertrauensrelationen lassen sich damit sowohl in der Subjektdimension wie in der Objektdimension feststellen.⁸

C.1 Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung: Vertrauen und Misstrauen auf Gegenseitigkeit?

Menschen mit Migrationshintergrund bringen der Mehrheitsbevölkerung in einem höheren Maße Vertrauen entgegen als diese sich selbst. Während etwa 54 Prozent der befragten Menschen ohne Migrationshintergrund Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung (also sich selbst) „eher“ oder gar „voll und ganz“ vertrauen, liegt dieser Wert bei Menschen ohne Migrationshintergrund mit fast zwei Drittel (62%) deutlich höher (Abb. 32). Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung unterscheiden sich allerdings im Hinblick auf die bestimmten Gruppen entgegengebrachten Vertrauensräume. Gegenüber Personen türkischer Herkunft haben Zuwanderer ein höheres Vertrauen als die Mehrheitsbevölkerung (41% zu 36%). Bei Personen nordamerikanischer Herkunft verhält es sich umgekehrt: Ihnen bringen Zuwanderer weniger Vertrauen entgegen als Personen ohne Migrationshintergrund (36% zu 40%). Von diesen Unterschieden abgesehen ähneln sich die Vertrauensräume von Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung. Insgesamt lassen sich damit weitgehend symmetrische Vertrauensmuster feststellen. Auch Menschen türkischer Herkunft schlägt von Seiten der Mehrheitsbevölkerung kein besonderes Maß an Skepsis und Misstrauen entgegen. Tatsächlich wird Personen türkischer Herkunft sogar von Personen mit Migrationshintergrund in etwas höherem Maße „gar nicht“ vertraut (12%) als von der Mehrheitsbevölkerung (9%).

⁸ In den hier präsentierten Abbildungen, die auf den Daten des Integrationsbarometers basieren, stehen die Vertrauenssubjekte jeweils im Zentrum, während an den Ecken des Nonagons die Vertrauensobjekte abgetragen sind. Das Ausmaß des Vertrauens zwischen einem Vertrauenssubjekt und einem Vertrauensobjekt wird also dargestellt durch die Länge der Geraden zwischen dem Mittelpunkt der Grafik und dem Eck, an dem das jeweilige Vertrauensobjekt positioniert ist. Der Gesamtvertrauensraum, also das Vertrauen, das allen Gruppen von einem Vertrauenssubjekt entgegengebracht wird, bildet die Fläche um den Mittelpunkt der Abbildung.

Abb. 32 Vertrauen in bestimmte Herkunftsgruppen



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung von Vertrauensobjekten aus Afrika, Asien oder Lateinamerika. Auch in diesen Vertrauenskonstellationen zeigt sich eine tendenziell größere Vertrauensbereitschaft von Personen mit Migrationshintergrund, aber auch kein generelles Misstrauen mehrheitlich ‚fremd‘ aussehenden Personen gegenüber.

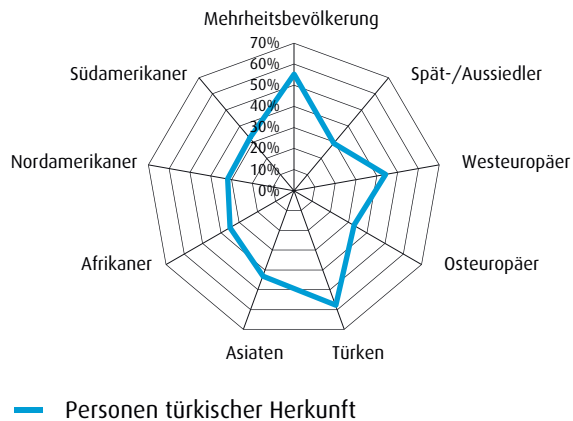
C.2 Zuwanderer türkischer Herkunft: marginalisiert, frustriert, desillusioniert?

Im Zentrum integrationspolitischer Auseinandersetzungen stehen Menschen türkischer Herkunft. Sie stellen zwar die größte Herkunftsgruppe nach den Spät-/Aussiedlern, aber bei weitem nicht mehr die größte Zuzugsgruppe. Dennoch beherrscht ihr Bild nach wie vor den integrationspolitischen Diskurs. In öffentlichen Diskussionen wird ihre Integration häufig als ‚gescheitert‘ dargestellt; den einen gelten sie als wenig ‚integrationswillig‘ oder sogar ‚integrationsfähig‘, den anderen als häufig diskriminiert und eben deshalb der Mehrheitsbevölkerung gegenüber skeptisch bis misstrauisch. Vor dem Hintergrund dieses Zuschreibungsmusters wäre zu erwarten, dass Menschen türkischer Herkunft gegenüber Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung geringe Vertrauensräume aufweisen.

Das Gegenteil ist der Fall. Menschen türkischer Herkunft vertrauen Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung kaum weniger als der eigenen Gruppe: 55 Prozent der Befragten türkischer Herkunft vertrauen der Mehrheitsbe-

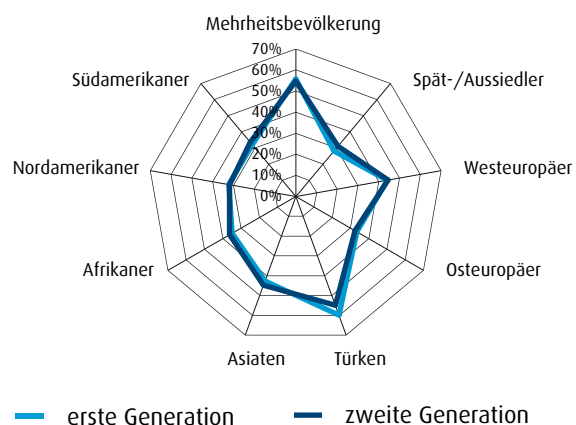
völkerung „voll und ganz“ oder „eher“, der eigenen türkischen Herkunftsgruppe in Deutschland bringen 58 Prozent ein entsprechendes Vertrauen entgegen (Abb. 33). Lediglich 6,7 Prozent der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund vertrauen Personen der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund „gar nicht“. Mitglieder der Mehrheitsbevölkerung gehören damit neben Menschen türkischer und westeuropäischer Herkunft zu den Personengruppen, die die Befragten türkischer Herkunft als besonders vertrauenswürdig ansehen. Anstelle der in publizistischen Diskursen vielbeschworenen wach-

Abb. 33 Vertrauensräume von Personen türkischer Herkunft



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 34 Vertrauensräume von Personen türkischer Herkunft nach Generation



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

senden Entfremdung zwischen Mehrheitsbevölkerung und Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund zeigen sich also vielmehr stabile Vertrauensverhältnisse.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei einer generationenspezifischen Betrachtung der Befragten türkischer Herkunft. Bei der zweiten Generation zählen Menschen ohne Migrationshintergrund ebenfalls zu den Gruppen mit hohem Vertrauen (Abb. 34), und nur noch 5,4 Prozent vertrauen der Mehrheitsbevölkerung „gar nicht“. Gegenüber der eigenen Herkunftsgruppe zeigen aber bei der zweiten Generation türkischer Herkunft signifikante Rückgänge im Vertrauen. Damit bestätigt sich auch hier der Trend einer im Generationenverlauf wachsenden Skepsis und Kritikbereitschaft gegenüber der eigenen Gruppe, der bereits im Zusammenhang mit den Zuweisungen der Integrationsverantwortung gezeigt wurde. Der ethnische Marker und die ethnische Solidarität verlieren über die Generationen an Zuschreibungskraft. Bei Menschen türkischer Herkunft in der zweiten Generation zeigt sich darüber hinaus ein wachsendes Vertrauen gegenüber der Spät-/Aussiedlerbevölkerung.

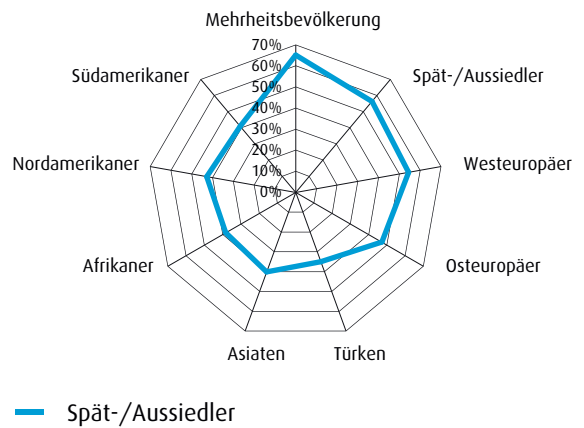
C.3 Spät-/Aussiedler: privilegierte Zuwanderer, großes Vertrauen?

Aussiedler bzw. Spätaussiedler (seit 1993) waren in den 1980er und 1990er Jahren eine der bedeutendsten Zuwanderergruppen. Sie erwerben unmittelbar mit ihrer Einreise die deutsche Staatsangehörigkeit. Bis Anfang der 1990er Jahre profitierten sie von umfangreichen Integrationshilfen. Diese bevorzugte Behandlung wurde ab Mitte der 1990er Jahre deutlich reduziert. Die Position der Spät-/Aussiedler näherte sich derjenigen anderer Zuwanderergruppen an, blieb aber dennoch privilegiert. Vor diesem Hintergrund ist eine Bestandsaufnahme der Vertrauensbeziehungen von Spät-/Aussiedlern zu Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung sowie zu anderen Zuwanderergruppen besonders interessant.

Im Vergleich zu Menschen türkischer Herkunft zeichnen sich Spät-/Aussiedler durch insgesamt größere Vertrauensräume aus (Abb. 35). Sie vertrauen besonders der eigenen Gruppe, der Mehrheitsbevölkerung sowie West- und Osteuropäern; der türkischen Gruppe sowie Personen aus Asien, Afrika, Nord- und Südamerika stehen sie weniger vertrauensvoll gegenüber.

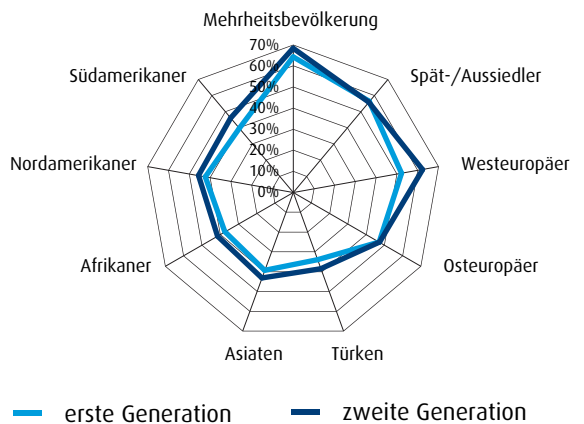
Die zweite Generation der Spät-/Aussiedler bringt bis auf die eigene Gruppe und die damit eng zusammenhängende Gruppe der Osteuropäer allen Gruppen ein höheres Maß an Vertrauen entgegen als die erste Generation (Abb. 36). Besonders groß ist die Expansion der Vertrauensräume gegenüber Westeuropäern, Südamerikanern und Personen türkischer Herkunft. Allerdings unterschreitet das Vertrauen, das Personen der zweiten Spät-/Aussiedlergeneration der Gruppe türkischer Herkunft entgegenbringen, immer noch deutlich das Maß an Vertrauen gegenüber anderen Gruppen.

Abb. 35 Vertrauensräume von Spät-/Aussiedlern



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Abb. 36 Vertrauensräume von Spät-/Aussiedlern nach Generation

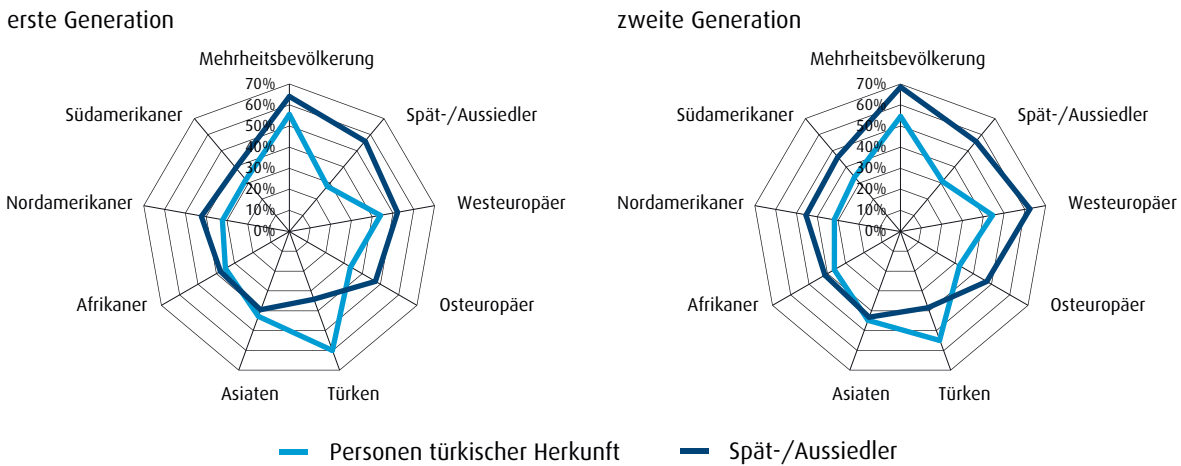


Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

C.4 Verteilungsfragen: Spät-/Aussiedler und Menschen türkischer Herkunft

Eine vergleichende Betrachtung von Menschen türkischer Herkunft und Spät-/Aussiedlern macht deutlich, dass die Vertrauensräume, die diese Gruppen sich gegenseitig entgegenbringen, klein ausfallen (Abb. 37). Mehr als ein Viertel der Menschen türkischer Herkunft vertraut Spät-/Aussiedlern „gar nicht“, bei den Spät-/Aussiedlern liegt der Wert mit 15 Prozent ebenfalls deutlich über dem insgesamt und gegenüber allen Gruppen festzustellenden

Abb. 37 Vertrauensräume von Personen türkischer Herkunft und Spät-/Aussiedlern nach Generation im Vergleich



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

Misstrauensdurchschnitt. Somit besteht zwar allgemein ein weitgehend vertrauensvolles Verhältnis zwischen Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung insgesamt; unterhalb dieses Vertrauensschirms aber sind zwischen einzelnen Gruppen verfestigte Misstrauensverhältnisse festzustellen.

Auch in der zweiten Generation lassen sich zwischen den beiden Gruppen Misstrauensverhältnisse feststellen. Allerdings ist der Abstand zwischen den gegenseitigen Vertrauenszuschreibungen bei beiden Gruppen in der zweiten Generation gesunken. Die zweite Generation vertraut damit der jeweils anderen Gruppe relativ mehr als die erste.

C.5 Vertrauensräume der aktuell größten Zuwanderergruppen

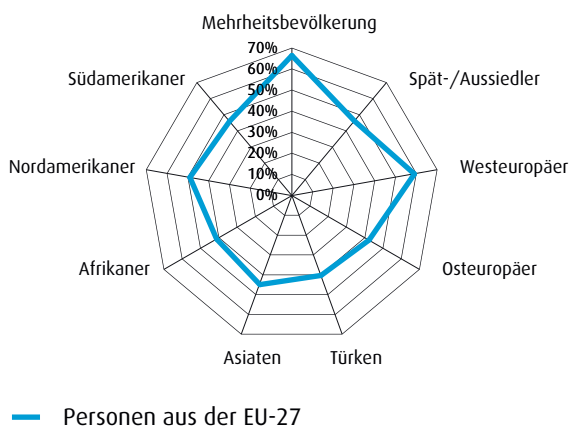
Entgegen der verbreiteten öffentlichen Wahrnehmung dominieren bei der Zuwanderung nach Deutschland nicht türkische Staatsangehörige, sondern Staatsangehörige aus EU-Europa. Fast drei Viertel aller 2008 zugezogenen Personen (72,6%) stammten aus Europa, jeder Fünfte aus den alten Staaten der EU (EU-15) und mehr als jeder Dritte aus den zwölf neuen EU-Staaten (vgl. Migrationsbericht 2008). Die Zuwanderung nach Deutschland (s. Kap. 4) wird damit heterogener, die Gruppe der EU-Zuwanderer gewinnt weiter an Bedeutung, nicht zuletzt aufgrund der für sie geltenden Freizügigkeitsregelungen.

Die Betrachtung der Vertrauensräume von Menschen aus der EU-27 zeigt ein besonders hohes Vertrauen nicht nur gegenüber der Mehrheitsbevölkerung in Deutsch-

land, sondern auch gegenüber allen anderen Gruppen (Abb. 38). Die höchste Ablehnung bringen Zuwanderer aus der EU-27 der Gruppe türkischer Herkunft entgegen, der 12,7 Prozent „gar nicht“ vertrauen.

Angesichts der vergleichsweise großen Vertrauensräume der seit Jahren und auch heute noch bedeutendsten Zugrupsgruppe im Migrationsland Deutschland erscheinen vordergründige, an anekdotischer Evidenz orientierte Diagnosen einer ‚gescheiterten Integration‘ erst recht abwegig.

Abb. 38 Vertrauensräume von Personen aus der EU-27

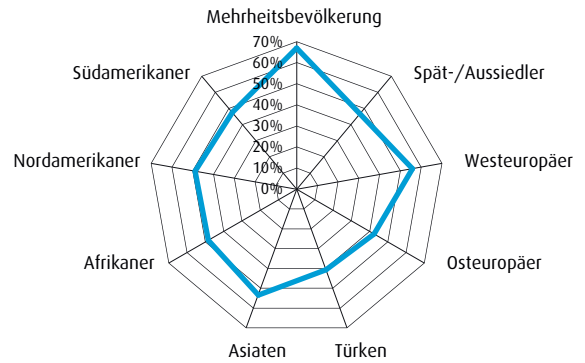


Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

C.6 Vertrauensräume von Zuwanderern aus Afrika, Asien und Lateinamerika

Die Diagnose eines allgemeinen Vertrauensverhältnisses zwischen den verschiedenen in Deutschland lebenden Gruppen bestätigt sich auch für Gruppen aus den hier nicht einzeln ausgewerteten Großregionen Afrika/Asien/Lateinamerika. Obwohl Angehörige dieser Gruppen teilweise über eigene Erfahrungen mit an ihrem bloßen äußeren Erscheinungsbild orientierten, latent oder offen rassistischen Fremdeitszuschreibungen verfügen, vertrauen sie selbst allen anderen Gruppen in relativ hohem Maße (Abb. 39).

Abb. 39 Vertrauensräume von Personen afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft



C.7 Bildung schafft Vertrauen

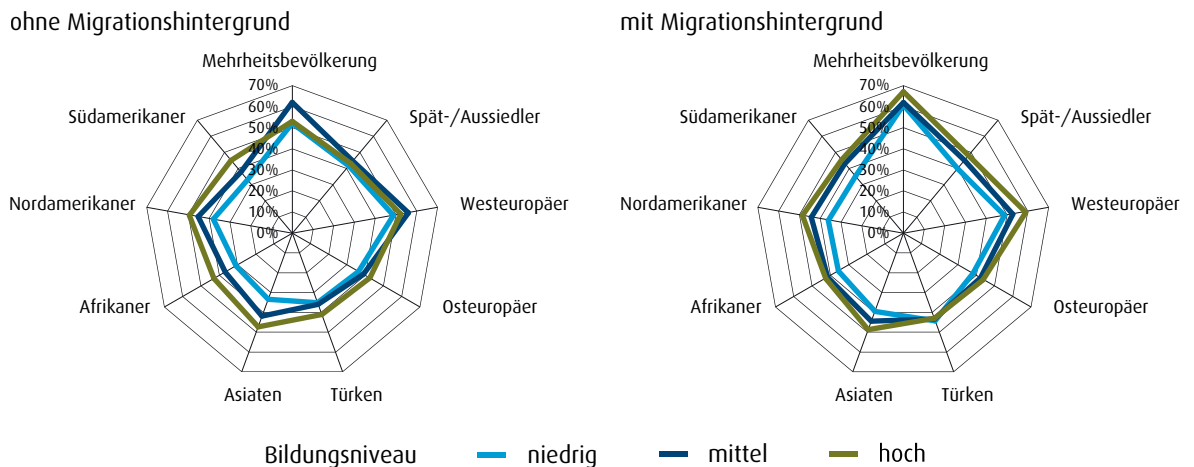
In Mehrheits- wie Zuwandererbevölkerung zeigen sich mit steigendem Bildungsgrad wachsende Vertrauensräume. Niedrigqualifizierte vertrauen, unabhängig von einem Migrationshintergrund, insgesamt weniger als Besserqualifizierte (Abb. 40). Besonders groß ist die Divergenz zwischen Niedrig- und Besserqualifizierten bei dem Vertrauen, das Zuwanderern aus Nordamerika, Afrika und Asien entgegengebracht wird. Diesen Gruppen vertrauen niedrigqualifizierte Mitglieder der Mehrheits- wie auch der übrigen Zuwandererbevölkerung relativ wenig. Niedrigqualifizierte Zuwanderer sind zudem auch gegenüber Spät-/Aussiedlern relativ misstrauisch. Bei Mitgliedern

— Personen afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Herkunft

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

der Mehrheitsbevölkerung zeigen Niedrigqualifizierte ebenfalls die kleinsten Vertrauensräume; in einigen Vertrauenskonstellationen sind allerdings mittelqualifizierte Personen ohne Migrationshintergrund vertrauensvoller als Hochqualifizierte, die gegenüber der eigenen Gruppe ähnlich misstrauisch sind wie Niedrigqualifizierte.

Abb. 40 Vertrauensräume nach Bildungsniveau



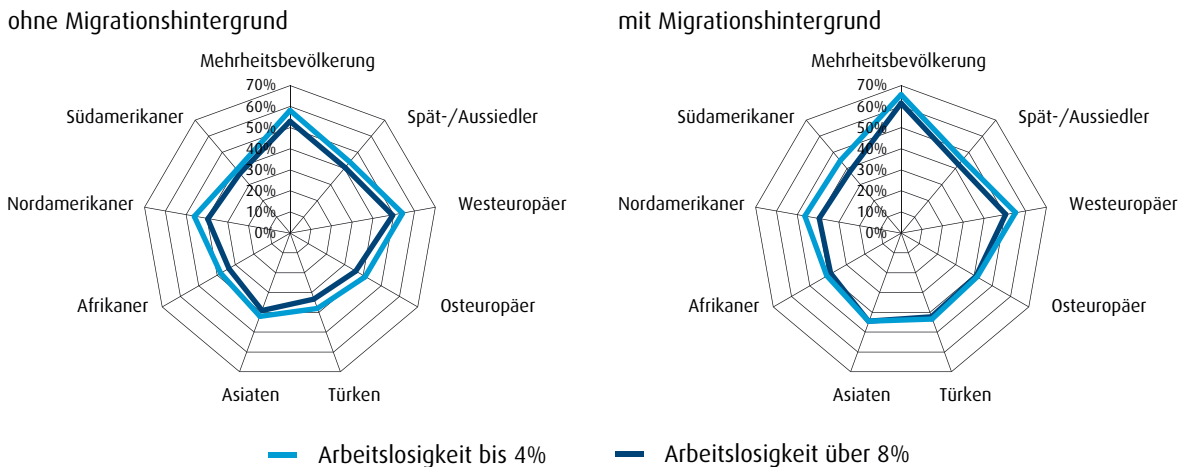
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

C.8 Misstrauen durch Arbeitslosigkeit und Existenzangst

Aus einschlägigen Fallstudien und Langzeituntersuchungen bekannt ist der Zusammenhang zwischen Existenzangst und Misstrauen gegenüber anderen.⁹ Gerade in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit wird der ‚Fremde‘, besonders wenn er durch sein Aussehen als solcher identifizierbar ist, tendenziell vor allem als Konkurrent um Ressourcen (Arbeitsplätze, gute Schulen, Wohnungen etc.) wahrgenommen. Befragte in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zeigen tendenziell – unabhängig vom Migrationshintergrund – deutlich geringere Vertrauensräume als Befragte in Regionen mit niedriger oder moderater Arbeitslosigkeit (Abb. 41).

In Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit sind die festgestellten Vertrauensräume vor allem gegenüber Zuwanderern aus Nordamerika und Westeuropa sowie gegenüber Spät-/Aussiedlern deutlich größer. Auch Personen ohne Migrationshintergrund gelten hier als deutlich vertrauenswürdiger als in von Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen. Die bildungs- bzw. regionenspezifische Betrachtung von Vertrauensrelationen verweist noch einmal darauf, dass die entscheidende Determinante für die Zuweisung von Vertrauen die sozioökonomische Positionierung ist und weniger der zugeschriebene ‚Migrationshintergrund‘.

Abb. 41 Vertrauensräume nach Arbeitslosenquote



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2010

9 Diesem Zusammenhang geht seit 2002 das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer und Andreas Zick nach. Dem Projekt liegt der von Wilhelm Heitmeyer und Reimund Anhut entwickelte Desintegrationsansatz zugrunde, der die Auswirkungen von Erfahrungen bzw. Angst vor ökonomischer Prekarisierung und fehlender sozialer Anerkennung betrachtet. Bei der Langzeituntersuchung werden 3000 Personen jährlich telefonisch befragt und feindselige Einstellungen zu Menschen anderer Herkunft oder mit anderen Lebensstilen untersucht. Grundlage der Abwertung von Personen und Gruppen ist in dem Ansatz von Heitmeyer eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Für eine weitere Öffentlichkeit bestimmte Ergebnisse werden jährlich unter dem Titel ‚Deutsche Zustände‘ (z. B. Heitmeyer 2010) publiziert. Die Befunde zeigen u. a., dass bei bestimmten Personengruppen die Fremdenfeindlichkeit zunimmt, wenn sie sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bedroht fühlen (Becker et al. 2010).

Folgerungen aus dem SVR-Integrationsbarometer für Integrationspolitik und Integrationspraxis

Das in diesem Jahr erstmals präsentierte SVR-Integrationsbarometer hat einen doppelten Zweck: Einerseits informiert es die Öffentlichkeit über Erfahrungen, Einschätzungen und darauf gestützte Erwartungen über Migration und Integration in der Einwanderungsgesellschaft. Andererseits bietet es den integrationspolitisch Verantwortlichen eine wissenschaftlich fundierte und empirisch aussagekräftige Orientierungshilfe für die Justierung von Gestaltungskonzepten.

Der Blick auf die auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft wahrgenommene Integrationsrealität kann für die Weiterentwicklung von Integrationspolitik hilfreich sein. Denn eine erfolgreiche Integrationspolitik braucht die kontinuierliche Beobachtung ihrer strukturellen Voraussetzungen und Wirkungen. Sie sollte zum einen wissen, inwieweit es ihr gelingt, das Vertrauen in ihre gesetzlichen und institutionellen Instrumente zu schaffen, das für eine generelle Akzeptanz erforderlich ist. Zum anderen sollte sie die Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund kennen, die von ihren Maßnahmen tatsächlich oder auch nur vermeintlich betroffen ist, und die daraus sprechende Akzeptanz der Migrations- und Integrationsverhältnisse sowie deren politisch steuernde bzw. fördernde Gestaltung oder Begleitung. Diese Informationen werden der Integrationspolitik und -praxis mit dem SVR-Integrationsbarometer erstmals geboten.

Grundsätzlich zeigt das SVR-Integrationsbarometer, dass die Akteure der Integrationspolitik auf einem guten Weg sind. Akzeptanz, Vertrauen und Zuversicht sind auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft vorhanden. Die subjektiv wahrgenommene Integrationsrealität ist in vielen Bereichen besser, als viele Stimmen in Publizistik und Migrantenverbänden suggerieren.

Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers beleuchten jedoch auch klar Bereiche, in denen mithilfe gezielter Interventionen der begleitenden oder nachholenden Integrationsförderung nachgebessert werden sollte. Auf vier dieser Bereiche soll hier abschließend noch einmal hingewiesen werden.

1. Die Tatsache, dass der Integrationsalltag aus vielen gemeinsamen Erfahrungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund besteht, stellt die Angemessen-

heit von exklusiv auf Personen mit Migrationshintergrund zugeschnittenen Fördermaßnahmen in Frage. Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind sich in ihren integrationspolitischen Einschätzungen ähnlicher, als weit hin unterstellt wird; der Migrationshintergrund verliert im Generationenverlauf an Bedeutung. Dieser Prozess schreitet allerdings gruppenspezifisch durchaus unterschiedlich rasch bzw. langsam voran. Überdies muss im Auge behalten werden, dass individuelle Versäumnisse im Integrationsengagement und politische Versäumnisse in der Integrationsförderung zumindest auf mittlere Sicht das Förderkriterium ‚Migrationshintergrund‘ noch notwendig machen. Dennoch sollte Integrationspolitik zukünftig noch stärker in die Strukturen allgemeiner Sozial- und Arbeitsmarktpolitik eingebaut werden.

2. Publizistische Diskussionen über Migration und Integration werden oft schnell zu einer Art ‚Kulturkampf‘, in dem kulturelle und religiöse Fragestellungen andere, auch für Zuwanderer meist bedeutendere Aspekte des Integrationsalltags überlagern und in den Hintergrund drängen. Es geht in diesen Debatten um kulturelle Unterschiede oder um kulturelle oder religiöse Sonderrechte, z. B. um die Frage der Vereinbarkeit des Islam mit den Prinzipien liberaler Demokratien. So verfassungsrechtlich wichtig diese Fragen auch sind und so interessant sie für Politik und Publizistik sein mögen – im Alltag der Einwanderungsgesellschaft spielen sie nur eine sehr untergeordnete Rolle. Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund sehen integrationspolitische Prioritäten vielmehr in Bildungs- und Arbeitsmarktintegration und beruflicher Chancengleichheit. Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers legen daher für die Weiterentwicklung der Integrationspolitik in Deutschland nahe, das Augenmerk stärker auf Chancengleichheit in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeit zu richten und sich weniger auf die Problematisierung kultureller oder religiöser Unterschiede zu konzentrieren.

3. Für den Bildungsbereich zeigt das SVR-Integrationsbarometer ein Paradox: Vor allem Haushalte der aufsteigenden Mittel- und der Oberschicht – unabhängig davon, ob ihre Mitglieder einen Migrationshintergrund haben oder nicht – befürworten durchaus Heterogenität. Sie sehen aber die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems

just durch die Heterogenisierung von Schülerschaften eingeschränkt und schicken ihre Kinder deshalb lieber auf weniger heterogene Schulen. Mit diesem Dilemma kommt ein sich selbst verstärkender bildungspolitischer Teufelskreis in Gang. Dieses Dilemma sollte dringend bildungspolitisch aufgelöst werden durch eine nachhaltige finanzielle, personelle und konzeptuelle Förderung von Schulen mit heterogenen Schülerschaften. Es gibt hier keine einfachen Lösungen, schon gar keine Patentrezepte, aber doch viele gute Vorbilder im In- und Ausland.

4. Deutsche Islam Konferenz und Nationaler Integrationsplan sind zentrale, auf breite Öffentlichkeitswir-

kung insbesondere bei der muslimischen Bevölkerung angelegte Initiativen der deutschen Integrationspolitik. Dennoch haben sie offenkundig in Politik und Medien in Deutschland und der Türkei, bei den durch die DIK in ihrem Bekanntheitsgrad bei der Mehrheitsbevölkerung gestärkten islamischen Verbänden sowie bei der Mehrheitsbevölkerung selbst deutlich mehr gewirkt als bei der Zuwandererbevolkerung im Alltag der Einwanderungsgesellschaft. Das sollte bei der Fortsetzung der DIK berücksichtigt werden.